Niederschrift

über die 17. Sitzung des Kreisausschusses am 07.06.2023

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Pusch, Stephan, Landrat

Kreisausschussmitglieder:

Dahlmanns, Erwin (als Vertretung für Thelen, Josef)

Derichs, Ralf

Eßer, Herbert

Grübener, Sabrina, Dr. (als Vertretung für Schwinkendorf, Jutta)

Jansen, Franz-Michael

Kehren, Hanno, Dr.

Lenzen, Stefan

Reh, Andrea

Schlößer, Harald

Schmitz, Ferdinand, Dr.

Schreinemaker, Walter Leo

Schulze, Dirk

Spennath, Jürgen

Stelten, Anna

van den Dolder, Jörg

Von der Verwaltung:

Heinrichs, Siegbert

Lind, Reinhold

Maurer, Sonja, Dr.

Montforts, Anja

Nobis, Stefan

Schneider, Philipp, Allgemeiner Vertreter

Stassen, Frank

Abwesend:

Kreisausschussmitglieder:

Schwinkendorf, Jutta

Thelen, Josef

Anfang: 18:00 Uhr

Ende: 18:42 Uhr

Der Kreisausschuss versammelt sich heute im Großen Sitzungssaal, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Vor Eintritt in die Beratung teilt Landrat Pusch mit, dass die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FW am 31.05.2023 eine gemeinsame Anfrage nach § 12 GeschO zum bisherigen TOP 15 „Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier: Aufhebung der Richtlinien“ eingereicht haben. Diese liegt den Kreisausschussmitgliedern als Tischvorlage 1 vor. Landrat Pusch schlägt vor, diese Anfrage als TOP 22 einzufügen und TOP 15 als TOP 22.1 zu behandeln. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 16 bis 22 würden sich entsprechend um jeweils eine Ziffer nach vorne verschieben. Die Kreisausschussmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Ferner erklärt Landrat Pusch, dass die Antworten zu der v. g. Anfrage aufgrund Ihres Umfangs und des Umstandes, dass die Vielzahl an Tabellen mündlich schwer darstellbar ist sowie der Tatsache, dass die Antworten für die weitere Beratung des Tagesordnungspunktes „Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier: Aufhebung der Richtlinien“ relevant sind, ausnahmsweise schriftlich als Tischvorlage 2 ausgelegt sind. Auf eine Verlesung der Antworten werde in diesem Fall verzichtet.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Gremienneubesetzungen
2. Wahl eines neuen stellvertretenden Mitglieds für den Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) im Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Heinsberg wegen Nichtannahme der Wahl
3. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Aachen für die Wahlperiode 2024 - 2028
4. Kreishaushalt 2023
hier: Verzicht auf Kreisumlage in Höhe der hälftigen LVR-Hebesatzsenkung
5. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Entgelt- und Besoldungsabrechnung zwischen der Gemeinde Waldfeucht und dem Kreis Heinsberg
6. Weiterführung der Grenzgängerberatung im Kreis Heinsberg
7. Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung
8. Umbenennung der Jakob-Muth-Schule, Standort Oberbruch
9. Kooperationsvereinbarung zum Förderprojekt "Strategiekonzept
Tourismusentwicklung im Rheinischen Revier"
10. Zuschüsse an die musealen Einrichtungen im Kreis Heinsberg
11. Zuschuss an den Trägerverein der Musikschule DaCapo e.V.

12. Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V.
13. Fortführung der Förderung des Projekts „Nepomuk“ für die Jahre 2024 und 2025
14. Jugendhilfeplanung – Erhalt von Kindergartenplätzen – Kindertagesstätte „Lindenbaum“ in Gangel-Breberen
Beschlussfassung Neubau zum Erhalt von 10 Plätzen
15. Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW)
16. Beteiligung am Folgeprojekt zu „EMRLingua“ - Interreg VI – „Connect'ED“
17. Empfehlungen des Unterausschusses zur proaktiven Begleitung der Sicherung der medizinischen Versorgung im Kreis Heinsberg
18. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.04.2023 gem. § 5 GeschO betr. "Beitritt zum Zukunftsnetz Mobilität"
19. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FW gem. § 5 GeschO betr. "Stellungnahme: Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr"
20. Bericht der Verwaltung
21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 12 GeschO betr. "Einbau intelligenter Messeinrichtungen (Smart Meter) und Nutzung dynamischer Stromtarife im Kreisgebiet"
22. Gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FW gem. § 12 GeschO zum Tagesordnungspunkt "Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier Aufhebung der Richtlinien"
- 22.1. Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier: Aufhebung der Richtlinien

Nichtöffentliche Sitzung:

23. Ernennungs- und Höhergruppierungsvorschläge für das Jahr 2023
24. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Einstellung eines tariflich Beschäftigten als Leiter des Kreisjugendamtes
25. Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
26. EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)
hier: Gründung der RegioBoden GmbH als gemeinsame Tochtergesellschaft der Regionetz GmbH und der Nivelsteiner Sandwerke und Sandsteinbrüche GmbH
27. Grunderwerb für die Erweiterung der Rurtalschule

28. Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in der Gemarkung Geilenkirchen als Tauschland für naturschutzfachliche Zwecke
29. Bericht der Verwaltung
30. Anfragen

Sodann stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Gremienneubesetzungen

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach [§ 35 Abs. 3 S. 7 Kreisordnung NRW](#) (KrO NRW) wählen die Kreistagsmitglieder im Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Fraktion, der das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Mit Schreiben vom 31.03.2023 schlägt die FDP-Fraktion als neues stellv. Mitglied von Nina Meyers im Schulausschuss den neuen sachkundigen Bürger Bernd Broszeit anstelle des sachkundigen Bürgers Marcel Marks vor.

Darüber hinaus wird die Verwaltung derzeit in der Gesellschafterversammlung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR) durch Landrat Stephan Pusch vertreten, stellv. Mitglied ist Dezernent Reinhold Lind.

Dezernent Lind vertritt den Kreis Heinsberg zusätzlich in zahlreichen Gremien insbesondere im Bereich ÖPNV sowie Naturpark Schwalm-Nette bzw. Maas-Schwalm-Nette, wodurch es immer wieder zu Terminüberschneidungen kommt.

Die Themen „Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung“ stellen eine Herausforderung der nächsten Jahre dar. Lösungsansätze sollen zusammen mit der RWTH und weiteren Partnern u. a. in Projekten des Rheinischen Reviers erarbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, Dezernentin Anja Montforts anstelle von Dezernent Reinhold Lind als stellv. Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR) zu entsenden.

Beschlussvorschlag:

Den vorgeschlagenen Gremienneubesetzungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Landrat Pusch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Wahl eines neuen stellvertretenden Mitglieds für den Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) im Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Heinsberg wegen Nichtannahme der Wahl

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach [§ 70 des Landesnaturschutzgesetzes](#) (LNatSchG) werden zur unabhängigen Vertretung der Belange von Natur und Landschaft bei den unteren Naturschutzbehörden Beiräte gebildet. Die Beiräte sollen bei Schutz, Pflege und Entwicklung der Landschaft mitwirken und dazu

1. den zuständigen Behörden und Stellen Vorschläge und Anregungen unterbreiten,
2. der Öffentlichkeit die Absichten und Ziele von Landschaftspflege und Naturschutz vermitteln und
3. bei Fehlentwicklungen in der Landschaft entgegenwirken.

Die Beiräte sind vor allen wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen der Behörde zu hören, bei der sie eingerichtet sind. Die Beteiligung des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde richtet sich im Übrigen nach den näheren Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes.

Der Beirat besteht aus 16 Mitgliedern; er setzt sich zusammen aus

- drei Vertretern/innen der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e. V. (LNU)
- je zwei Vertretern/innen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) und des Naturschutzbundes Deutschland e. V. (NABU)
- einem/einer Vertreter/in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Nordrhein-Westfalen e. V. (SDW),
- zwei Vertretern/innen des regional zuständigen Landwirtschaftsverbandes,
- einem/einer Vertreter/in des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen e. V.,
- einem/einer gemeinsamen Vertreter/in des Landesverbandes Gartenbau Rheinland e. V., des Landesverbandes Gartenbau Westfalen-Lippe e. V. und des Provinzialverbandes Rheinischer Obst- und Gemüsebauer e. V.,
- einem/einer gemeinsamen Vertreter/in der nach [§ 52 Landesjagdgesetz](#) anerkannten Vereinigungen der Jäger,

- einem/einer Vertreter/in des Fischereiverbandes Nordrhein-Westfalen e. V.,
- einem/einer Vertreter/in des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen e. V. und
- einem/einer gemeinsamen Vertreter/in des Imkerverbandes Rheinland e. V. und des Landesverbandes Westfälischer und Lippischer Imker e. V.

Die Mitglieder des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde werden auf Vorschlag der oben aufgeführten Vereinigungen von der Vertretungskörperschaft des Kreises für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaft gewählt. In die Beiräte sollen nur Personen bestellt oder gewählt werden, die ihre Wohnung im Bezirk der betreffenden Landschaftsbehörde haben. Bedienstete des Kreises dürfen dem Beirat nicht angehören.

Der Kreistag des Kreises Heinsberg hat in seiner Sitzung am 24.11.2020 Herrn Hans-Georg Bommer als stellvertretendes Mitglied für den NABU gewählt.

Erst jetzt wurde bekannt, dass Herr Bommer die Wahl des stellvertretenden Mitglieds für den NABU nicht angenommen hat. Für die Wahl eines neuen stellvertretenden Mitglieds schlägt der NABU

Frau Iris Blenke
In Gerichhausen 9
41844 Wegberg

vor.

Aktuell ist der NABU mit folgenden Personen im Naturschutzbeirat vertreten:

Mitglied	Stellvertreter
Carla Glashagen	Natascha Lenkeit-Langen
Gabriele Kaufhold	NN

Haben sich die Mitglieder der Vertretungskörperschaft zur Besetzung des Beirats auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt, ist der einstimmige Beschluss über die Annahme dieses Wahlvorschlages ausreichend. Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zustande, so findet die Wahl gemäß [§ 35 Abs. 2 der Kreisordnung](#) statt.

Beschlussvorschlag:

Dem Wahlvorschlag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Aachen für die Wahlperiode 2024 - 2028

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Aachen endet mit Ablauf des 31.12.2023. Bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die kommende fünfjährige Wahlperiode (01.01.2024 – 31.12.2028) wirken die Kreise und kreisfreien Städte in der Weise mit, dass sie eine Vorschlagsliste aufstellen. Vom Kreis Heinsberg sind 48 Personen in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Die Liste soll dem Verwaltungsgericht Aachen bis zum 30.06.2023 vorgelegt werden.

Personen, die zum/zur ehrenamtlichen Richter/in gewählt werden, müssen Deutsche sein, sollen das 25. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz innerhalb des Gerichtsbezirks haben ([§ 20 Verwaltungsgerichtsordnung](#) – VwGO). In die Vorschlagsliste dürfen keine Personen aufgenommen werden, bei denen Hinderungsgründe gem. [§ 22 VwGO](#) bestehen. Dies ist der Fall bei Mitgliedern des Bundestages, des Europäischen Parlaments, der gesetzgebenden Körperschaften eines Landes, der Bundesregierung oder einer Landesregierung, Richtern, Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst (dazu gehören auch Mitarbeitende der Sparkassen, AOK etc.), soweit sie nicht ehrenamtlich tätig sind, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie Rechtsanwälten, Notaren und Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgen.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Kreistagsmitglieder, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich ([§ 28 Satz 4 VwGO](#)).

Ein besonderes Wahlverfahren ist nicht vorgeschrieben. Entsprechend des bei Ausschussbesetzungen üblichen Wahlverfahrens nach Hare/Niemeyer ergäbe sich gemäß der Sitzverteilung im Kreistag folgende Verteilung für die Vorschlagsliste:

CDU	25 Vorschläge
SPD	8 Vorschläge
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8 Vorschläge
FDP	2 Vorschläge
AfD	2 Vorschläge
FW	2 Vorschläge

Steinhage

1 Vorschlag

Mit Schreiben vom 20.01.2023 wurden die Fraktionen gebeten, entsprechend der o. g. Verteilung Vorschläge einzureichen. Da einige Fraktionen nicht die o. g. Anzahl an Wahlvorschlägen unterbreitet haben, wurden die Vorschlagsrechte an andere Fraktionen übertragen.

Darüber hinaus wurden mit Pressemitteilung vom 15.05.2023 interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, sich ebenfalls für dieses Richteramt zu bewerben.

Die nachfolgend genannten Bewerber/innen werden zur Aufnahme in die Vorschlagsliste vorgeschlagen:

CDU	Hans-Werner Brinkhoff, Heinsberg Erwin Dahlmanns, Gangelt Gerda Dokter-Schulte, Erkelenz Katja Erdmann, Hückelhoven Herbert-Konrad Eßer, Heinsberg Brigitte Geradts-Wimmers, Selfkant Franz Grefen, Waldfeucht Heino Hamel, Heinsberg Marcell Holländer, Hückelhoven Christoph Kochs, Hückelhoven Dr. Ralf Kruse, Heinsberg Karsten Louis, Heinsberg Reinhold Pillich, Wegberg Hardo Schmerling, Wassenberg Andreas Seidler, Geilenkirchen Dorothea Siebert, Heinsberg Ullrich Sonntag, Geilenkirchen Friedhelm Thelen, Geilenkirchen Josef Thelen, Geilenkirchen Walburga van Heel, Waldfeucht
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Stefan Bethge, Erkelenz Sybille Horras-Schmitz, Erkelenz Barbara Hermanns, Erkelenz Lena Honings, Gangelt Kerstin van den Boom-Schultz, Wassenberg Hubert Minkenberg, Hückelhoven Frank Baczyk, Gangelt Bernd Thissen, Wassenberg Wolfgang Hörath, Erkelenz Dirk May, Heinsberg Nina Elisa Schmitz, Erkelenz Katharina Günz, Erkelenz Helmut Holz, Hückelhoven
SPD	Werner Liesens, Übach-Palenberg Alexander Bonnes, Erkelenz Udo Korsten, Hückelhoven Dorothee Trox, Waldfeucht Renate Kolodzey, Übach-Palenberg Petra Görtz, Wassenberg
FW	Stefan Knauer, Heinsberg

	Lucia Jentges, Wegberg
AfD	Iwar Matern, Wassenberg
-	Inge Sauer, Wassenberg Jakob Schmidt, Heinsberg John Schommer, Heinsberg Marco Milde, Waldfeucht Radoslaw Plewnia, Erkelenz Lambert Backhaus, Heinsberg

Alle vorgeschlagenen Personen sind bereit, im Falle ihrer Wahl das Amt anzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Den Vorschlägen zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Aachen für die Wahlperiode 2024 – 2028 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Kreishaushalt 2023

hier: Verzicht auf Kreisumlage in Höhe der hälftigen LVR-Hebesatzsenkung

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge	-874.057 €			
Aufwendungen	-1.748.113 €			
Saldo	874.056 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	10.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Mit Verfügung vom 03.05.2023 hat die Bezirksregierung den am 07.02.2023 vom Kreistag beschlossenen Haushalt genehmigt. Am 31.03.2023 verabschiedete die Landschaftsversammlung Rheinland den von der Kämmerin des Landschaftsverbandes aufgestellten Nachtragshaushalt 2023 mit der Absenkung des Umlagesatzes von 16,65 Prozent um 1,35 Prozentpunkte auf 15,30 Prozent. Im Plan-Ist-Vergleich hat dies für den Kreis Heinsberg eine Abweichung um 1.748.112,56 € zur Folge. In 2023 belastet die Landschaftsumlage den Kreishaushalt somit statt mit 76.109.541,00 € nunmehr i. H. v. 74.361.428,44 € (in 2022: 67.440.313,68 €).

Im Benehmensverfahren mit den kreisangehörigen Kommunen zum Kreishaushalt wurde vereinbart, dass eine Senkung der Landschaftsumlage hälftig zur Senkung des Umlagebedarfs verwendet werden soll. Der Kreis hat gem. § 9 KrO NRW sein Vermögen und seine Einkünfte so zu verwalten, dass die Kreisfinanzen gesund bleiben. Gleichzeitig ist auf die wirtschaftlichen Kräfte der kreisangehörigen Gemeinden und Abgabepflichtigen Rücksicht zu nehmen. Mit der vorgeschlagenen hälftigen Weiterleitung werden beide Ziele angemessen berücksichtigt. Die Haushalte der Städte und Gemeinden werden um mindestens 22.982,61 € bis maximal 155.635,98 € entlastet. Auf Seiten des Kreises würde die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 8.568.050 € auf 7.693.993,72 € (vorbehaltlich etwaiger weiterer Veränderungen in der Haushaltsausführung) sinken. Damit bleiben dem Kreis

Steuerungsmöglichkeiten für den Haushaltsausgleich in künftigen Jahren erhalten. Eine Weiterleitung zu 50 % ist somit maßvoll und ausgewogen.

Beschlussvorschlag:

Die Herabsetzung der vom Kreis zu zahlenden LVR-Umlage um 1.748.112,56 € wird zur Hälfte an die kreisangehörigen Kommunen weitergereicht. Die Abwicklung erfolgt der Einfachheit halber im Wege des Verzichts auf den entsprechenden Teil der Kreisumlage im Verhältnis der maßgebenden Umlagegrundlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Entgelt- und Besoldungsabrechnung zwischen der Gemeinde Waldfeucht und dem Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0108 - Personalmanagement			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge	3.529,41 €	3.529,41 €	3.529,41 €	3.529,41 €
Aufwendungen				
Saldo	3.529,41 €	3.529,41 €	3.529,41 €	3.529,41 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	8. und 10.
--------------------------	------------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreis Heinsberg arbeitet mit der Gemeinde Waldfeucht seit dem Jahr 2019 im Rahmen der Entgelt- und Besoldungsabrechnung interkommunal zusammen. Hierbei führt der Kreis für die Gemeinde Waldfeucht die Entgelt- und Besoldungsabrechnung durch. Seitens der Gemeinde Waldfeucht werden dem Kreis Heinsberg die anteiligen Personalkosten erstattet. Im Rahmen dieses Projekts wurden erste Erfahrungen zu Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Entgelt- und Besoldungsabrechnung gesammelt, welche folglich zu einer Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Gemeinden Gangelt und Selfkant sowie der Stadt Heinsberg geführt haben.

Mit den Gemeinden Gangelt und Selfkant sowie der Stadt Heinsberg wurden öffentlich-rechtliche Vereinbarungen gemäß [§ 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit \(GkG NRW\)](#) über die Zusammenarbeit geschlossen. Es ist jetzt beabsichtigt – auch vor dem Hintergrund der Umsatzsteuerpflicht der Leistung –, die interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Waldfeucht ebenfalls durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung auszugestalten.

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit werden der Gemeinde Waldfeucht dauerhaft Kosten für die Administration der Personalabrechnungssoftware LOGA der P&I AG sowie für das Datenhosting erspart bleiben. Darüber hinaus könnte die Dienstleistungsqualität

und der Dienstleistungsumfang zu sinkenden Kosten aufgrund des Skalenvorteils verbessert werden. Die auf die Gemeinde Waldfeucht entfallenden Pflege- und Nutzungsgebühren würden im Rahmen der Vereinbarung vollständig an den Kreis Heinsberg erstattet.

Der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde inhaltlich vorab mit der Gemeinde Waldfeucht abgestimmt und ist der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses als Anlage beigefügt. Dieser bedarf der Zustimmung des Kreistages und des Rates der Gemeinde Waldfeucht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die im Entwurf vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Entgelt- und Besoldungsabrechnung zwischen der Gemeinde Waldfeucht und dem Kreis Heinsberg abzuschließen.

Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, die Vereinbarung redaktionell anzupassen, wird die Verwaltung ermächtigt, diesen Änderungen zuzustimmen, ohne dass es einer erneuten Beschlussfassung des Kreistages bedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6:

Weiterführung der Grenzgängerberatung im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 0113 – Repräsentation und Partnerschaften				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen	5.000,00 €	5.000,00 €		
Saldo	- 5.000,00 €	- 5.000,00 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)				
2023	2024	2025	2026	
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	8.
--------------------------	----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 01.10.2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreis Heinsberg ermöglicht seinen Bürgern Beratungen für Grenzgänger, indem er sich am „Grenzinfopunkt“ des Zweckverbandes Region Aachen beteiligt. Es erfolgt zunächst ab dem 01.01.2014 eine Beratung an 2 Tagen monatlich im Kreishaus Heinsberg entsprechend der Phase 1 des Konzeptpapiers. Die Werbung für dieses Angebot erfolgt schnellstmöglich. Nach Ablauf von 6 Monaten wird anhand der dann vorliegenden Erfahrungen darüber beraten, ob und ggf. in welchem Umfang eine Ausweitung des Angebotes erfolgen soll.“

In seiner Sitzung am 30.05.2022 hat der Kreisausschuss der Fortführung des Beratungsangebots in gleichem Umfang bis Mitte 2023 zugestimmt.

Der GrenzInfoPunkt berichtet wie folgt bis einschließlich Ende April 2023:

Für den Zeitraum 04.04.2022 – 30.04.2023 fanden 20 persönliche Beratungstage in der Kreisverwaltung statt.

Bei Anfragen über die Website wird häufig der Wohnort nicht angegeben. Mit Sicherheit können daher folgende Beratungszahlen (persönlich/telefonisch/online) zugeordnet werden:

Im Berichtszeitraum wurden 103 Personen, die im Kreis Heinsberg wohnen oder arbeiten, beraten. Daraus resultierten 308 Beratungsgespräche, die sich durch anschließende Betreuung der Kunden ergaben.

Als Wohnland wurde angegeben: Deutschland: 91, Niederlande: 12, Belgien: 0.

Zu folgenden Themen wurde beraten (mehrere Themen pro Beratungsgespräch):

- Rentenversicherung: 40
- Steuern: 52
- Familienleistungen (Kindergeld, Elterngeld, ouderschapsverlof, kinderbijslag etc): 5
- Arbeitslosengeld: 4
- Arbeitsaufnahme im Nachbarland: 20
- Arbeitsrecht: 1
- Kranken-/Pflegeversicherung: 25
- EU-Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der sozialen Sicherheit: 29
(hier insbesondere Homeoffice-Regelungen)
- Firmengründung: 2
- Umzug ins Nachbarland: 8

Das in 2022 gestartete Angebot der Steuersprechstunden mit dem Team GWO (Experten für grenzüberschreitendes Steuerrecht der Finanzverwaltung NRW und des Belastingdienst) wird sehr gut angenommen. Die monatlichen Sprechstunden zu Steuerfragen sind regelmäßig ausgebucht.

Schwerpunktthema der allgemeinen Beratungen im Berichtszeitraum ist derzeit das Arbeiten im Homeoffice und die daraus resultierenden Konsequenzen für Steuern und Sozialversicherungen nach dem Wegfall der Corona-Sonderregelungen.

Im Rahmen der digitalen Thementage zu Familienleistungen wurde eine sehr gute Kooperation mit der Elterngeldstelle des Kreises Heinsberg etabliert.

Es ist darüber zu beraten und zu entscheiden, ob und ggf. in welchem Umfang die Grenzgängerberatungen im Kreis Heinsberg fortgeführt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Grenzgängerberatung im Kreis Heinsberg wird zunächst bis Mitte 2024 in der bisherigen Form weitergeführt. Im Frühjahr 2024 berichtet die Verwaltung dem Kreisausschuss über die weitere Entwicklung. Auf Grundlage dessen berät der Kreisausschuss, ob und ggf. in welchem Umfang die Grenzgängerberatung fortgeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 7:

Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung

Beratungsfolge:	
11.05.2023	Schulausschuss
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	ja, derzeit noch nicht bezifferbar
----------------------------------	------------------------------------

Leitbildrelevanz:	05.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Am 15.08.2022 wurden die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung durch das Büro Dr. Garbe, Lexis & von Berlepsch präsentiert. Im Gutachten wird die Empfehlung ausgesprochen, die Rurtal-Schule bei weiter steigenden Schülerzahlen zu teilen. Ausweislich der Schulstatistik, die der Schulträger Kreis Heinsberg auf der Grundlage der von den Schulen zu meldenden Schülerzahlen mit Stand 15.10. eines Jahres erstellt, ist die Zahl der Schüler/innen an der Rurtal-Schule in den letzten 10 Jahren von 234 auf 294 gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von ca. 25 %. Das Gutachterbüro prognostiziert eine weitere Steigerung der Schülerzahlen bis zum Jahr 2028 auf 328. Im kommenden Schuljahr 2023/24 werden ca. 300 Schüler/innen an der Rurtal-Schule beschult. Für die Errichtung und Fortführung im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe sind nach der Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung 50 Schüler/innen erforderlich; hierbei werden die Schüler/innen in der Berufspraxisstufe mitgezählt. Somit wäre eine Errichtung einer weiteren Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung aufgrund der aktuellen Schülerzahlen und der prognostizierten Entwicklung möglich.

Mit dem Schülerzuwachs einher geht ein zusätzlicher Bedarf an Klassen-, Fach- und Therapieräumen. Der Raumbedarf war ursprünglich für 125 Schüler/innen ausgelegt. Zusätzlich zu den baulichen Erweiterungen mussten einige notwendige Fach- und Differenzierungsräume aufgrund der steigenden Schülerzahlen an der Rurtal-Schule zu Klassenräumen umgewandelt werden.

Nach Ansicht der Schulleitung ist zudem die Menge und Größe der Werkräume bezogen auf die Schülerzahl unterdimensioniert.

Das Bauflächenvolumen innerhalb der jetzigen Grundstücksgrenzen der Rurtal-Schule ist ausgereizt.

Neben diesen baulichen Rahmenbedingungen treten nach Darlegung der Schulleitung pädagogische Probleme auf. So sei wegen der Größe der Schule eine Entfremdung innerhalb des Kollegiums spürbar. Zudem erfordere die Organisation schulalltäglicher Systeme (z. B. An- und Abfahrten des Schülerspezialverkehrs, Organisation von Integrationshelfern und deren Vertretungen) ungewöhnlich hohe Zeitfenster in der Umsetzung wie in der Planung. Die

Schulleitung vertritt die Auffassung, dass nur durch die Errichtung einer weiteren Schule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung der qualitative Bildungsstandard für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung im Kreis Heinsberg gewährleistet werden könne.

Auch die Untere Schulaufsicht ist der Auffassung, dass es aus pädagogischer Sicht sinnvoll sei, im Kreis Heinsberg eine weitere Schule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung als Schule der Primar- und Sekundarstufe zu errichten.

Die benachbarten Schulträger wurden gemäß [§ 80 Schulgesetz NRW](#) beteiligt. Über die Äußerungen zu der beabsichtigten Maßnahme wird in der Sitzung des Schulausschusses berichtet.

Schulaufsichtsbeamter Hellmich sowie Schulleiter Steinhauer stehen in der Sitzung zur Beantwortung eventueller Fragen zur Verfügung.

In der Sitzung des Schulausschusses erklärt Dez. Dr. Maurer, dass seitens der benachbarten Schulträger zur beabsichtigten Maßnahme keine Bedenken vorgebracht wurden.

Beschlussvorschlag:

Der Schulträger Kreis Heinsberg wird beauftragt,

1. gemäß [§ 81 Schulgesetz NRW](#) eine weitere Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung als Schule der Primarstufe und Sekundarstufe zu errichten.
2. nach einem geeigneten Standort zu suchen.
3. die sächlichen Voraussetzungen zur Errichtung der Schule nach [§ 79 Schulgesetz NRW](#) zu schaffen.
4. die notwendige Genehmigung der Oberen Schulaufsicht gemäß § 81 Absatz 3 Schulgesetz NRW einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 8:

Umbenennung der Jakob-Muth-Schule, Standort Oberbruch

Beratungsfolge:	
11.05.2023	Schulausschuss
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
---------------------------	------

Leitbildrelevanz:	05.
-------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
---------------------	------

In seiner Sitzung am 22.11.2022 hat der Kreistag den Beschluss gefasst, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Obere Schulaufsicht die Jakob-Muth-Schule als zwei eigenständige Schulen zu errichten. Mit Verfügung vom 17.01.2023 hat die Bezirksregierung den o. a. Beschluss des Kreistages genehmigt. Die Förderschule am Standort Oberbruch soll mit Wirkung zum 01.08.2023 die vorläufige Bezeichnung "Förderschule Heinsberg-Oberbruch" tragen. Die Förderschule wird im Verbund mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung in der Primarstufe und Sekundarstufe I sowie mit dem Förderschwerpunkt Sprache in der Primarstufe geführt.

Die Schulleitung hat nunmehr gebeten, der Schule einen neuen Namen zu geben und hat dabei bereits die Verlagerung des Standortes der Schule von Heinsberg-Oberbruch nach Erkelenz-Gerderath berücksichtigt. Die Schulkonferenz hat in ihrer Sitzung am 28.03.2023 einstimmig den Beschluss gefasst, der Förderschule den Namen „Floßbachschule“ zu geben. Die Schule begründet dies wie folgt:

Der Floßbach entspringt am südlichen Ortsrand von Gerderath, fließt nach Altmyhl und Ratheim (hier als Gerderather Bach oder auch Ratheimer Mühlenbach) und mündet in die Rur.

Das Floß:

- Es ist das älteste und einfachste Transportmittel auf dem Wasser.
- Ein Floß bedeutet Sicherheit mitten in einer stürmischen Situation.
- Floß stellt ein einfaches, aber robustes Fortbewegungsmittel dar; man kann dieses Symbol oft als die Art und Weise deuten, wie man durch das Leben geht, sich mit einfachen Mitteln behauptet und durchsetzt.
- Floß steht als Übergang von einer Lebensphase in eine neue.
- Allgemein ist es ein Wasserfahrzeug, das mit Menschenkraft gesteuert wird und von der Strömung abhängig ist.

Der Bach:

- Ein seltener, regionaler Bach ist ein kleines fließendes Gewässer.

- Bach steht für die Lebenskraft. Alles Leben stammt aus dem Wasser. Der Bach symbolisiert hier den Lauf des Lebens.

Die Chance des Namens besteht darin, einen regionalen Bezug zu schaffen (langfristig neuer Schulstandort in Gerderath). Das Symbol des treibenden Floßes auf dem Bach soll Sicherheit in unterschiedlichen Lebensphasen sowie Lebenskraft ausdrücken.

Die Verwaltung schließt sich der Entscheidung der Schulkonferenz an, der Schule den Namen „Floßbachschule“ zu geben.

Beschlussvorschlag:

Mit Wirkung zum 01.08.2023 trägt die derzeitige Jakob-Muth-Schule, Standort Oberbruch, die zum 01.08.2023 die vorläufige Bezeichnung „Förderschule Heinsberg-Oberbruch“ tragen soll, den Namen „Floßbachschule des Kreises Heinsberg, Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung in der Primarstufe und Sekundarstufe I sowie mit dem Förderschwerpunkt Sprache in der Primarstufe“.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 9:

Kooperationsvereinbarung zum Förderprojekt "Strategiekonzept Tourismusentwicklung im Rheinischen Revier"

Beratungsfolge:	
04.05.2023	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	09.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Die Kooperationsvereinbarung für das Projekt „Strategiekonzept Tourismusentwicklung im Rheinischen Revier“ (**Anlage der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus**) soll eine verbindliche Grundlage für die Kooperation im Rahmen des oben genannten Förderprojekts schaffen. Sie soll die gemeinschaftliche Arbeit zur Vernetzung der vorhandenen und geplanten touristischen Projekte bestärken und intensivieren, sodass die geplante Umsetzungs- und Handlungsstrategie zu allen tourismusrelevanten Themenstellungen im Gesamttraum Rheinisches Revier gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern aller Teilregionen bis zum Projektende am 17.02.2025 erarbeitet werden kann.

Projektträger ist der Rhein-Erft-Kreis, die Projektpartner sind der Vereinbarung zu entnehmen.

Die bewilligte Förderquote beträgt 90 % seitens des Bundes und 10 % seitens des Landes NRW, basierend auf den als förderfähig anerkannten Ausgaben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist demnach eine vollständige Finanzierung des Projekts aus Fördermitteln gesichert.

Falls darüber hinaus nicht als förderfähig anerkannte Ausgaben erforderlich sein sollten, wird mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung angestrebt, dass diese auf die Kooperationsparteien gleichermaßen aufgeteilt werden. In diesem Fall legen die Kooperationsparteien **einstimmig** fest, ob nicht förderfähige und welche der nicht förderfähigen Ausgaben aus Eigenmitteln der Kooperationsparteien finanziert werden.

Etwaige Kosten könnten beispielsweise ein zusätzlicher Workshop oder eine Aufstockung der Eventbudgets aufgrund von Preissteigerungen o. Ä. sein.

Es ist zu betonen, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine dieser zusätzlich anfallenden Maßnahmen angestrebt werden, da die vollständige Planung des Projekts bereits mit Beantragung der Fördermittel sorgfältig erarbeitet wurde.

Die inhaltliche Zuarbeit in diesem Projekt übernimmt für den Kreis Heinsberg die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für den Kreis Heinsberg (Bereich Heinsberger Land).

Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für den Kreis Heinsberg, Ulrich Schirowski, gibt in der Sitzung des Fachausschusses erläuternde Hinweise zu dem Projekt. Er betont, dass durch die 100%ige Förderung das Risiko für den Kreis Heinsberg absolut überschaubar sei. Würden potenziell nicht förderfähige Kosten anfallen, so müssten die Vertragspartner diese einstimmig anerkennen. Im Folgenden schließt sich eine Diskussion über die Fördersumme an, in der sich insbesondere die Ausschussmitglieder Dr. Leonards-Schippers, Kleinjans und Wolter einbringen. Ihnen erschließe sich nicht, wie es zu dem förderfähigen Betrag in Höhe von 748.051,63 € komme. Die Entwicklung eines Strategiekonzeptes zur Tourismusentwicklung im Rheinischen Revier sei von Bedeutung und grundsätzlich werde die Kooperation von den Ausschussmitgliedern unterstützt, jedoch wünsche man sich nähere Informationen zu der Höhe der Fördermittel. Ausschussmitglied Spinrath verweist darauf, dass es sich um die „Entwicklung eines Strategiekonzeptes“ handle und zunächst zu identifizieren sei, wie das Strategiekonzept aussehen solle. Ein Strategiekonzept Tourismusentwicklung sei von großer Relevanz, da der Tourismus in viele andere Bereiche hineinspiele. Ihm stelle sich jedoch die Frage, was nach der Konzeptentwicklung passiere, wie dann die Finanzierung und die folgende Realisierung der Projekte aussehe.

Nach einem Meinungs austausch verständigt man sich darauf, dass zur Sitzung des Kreisausschusses am 07.06.2023 Unterlagen vorgelegt werden, die Aufschluss über die Projektkosten geben.

Im Nachgang zur Sitzung wurde zwischenzeitlich vom Projektträger, dem Rhein-Erft-Kreis, eine ausführliche Vorhabenbeschreibung (**Anlage 2 der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses**) vorgelegt. Aus dieser wird ersichtlich, dass als Projektkosten neben den 1,5 Stellen für das Projektmanagement Beratungsleistungen für das Strategiekonzept und für eine Kommunikationsagentur veranschlagt werden. Darüber hinaus werden keine weiteren sonstigen Projekte aus den Fördermitteln umgesetzt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die den Erläuterungen der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus beigefügte Kooperationsvereinbarung für das Projekt „Strategiekonzept Tourismusentwicklung im Rheinischen Revier“ zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 10:

Zuschüsse an die musealen Einrichtungen im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
04.05.2023	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0401 - Kulturförderung			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen	19.500,00 €	19.500,00 €	19.500,00 €	19.500,00 €
Saldo	19.500,00 €	19.500,00 €	19.500,00 €	19.500,00 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	09.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Seit dem Jahr 2005 erfolgt die Gewährung von Zuschüssen an museale Einrichtungen im Kreis Heinsberg auf der Grundlage der in der Sitzung des Kreisausschusses am 23.06.2005 beschlossenen Museumskonzeption, die im 5-jährigen Rhythmus bearbeitet und fortgeschrieben wird. Auf Vorschlag des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 08.06.2021 beschlossen, dass in den Folgejahren bis zum Jahr 2025 eine Bewilligung von Betriebskostenzuschüssen der musealen Einrichtungen im Kreis Heinsberg auf der Grundlage der Museumskonzeption 2020 erfolgt. In dieser Konzeption ist im Rahmen eines gewichteten Punkteschemas eine Bewertung der musealen Einrichtungen unter Berücksichtigung festgelegter museumsfachlicher Kriterien vorgenommen worden. Nach diesen Förderkriterien steht die Bezuschussung der musealen Einrichtungen in Abhängigkeit der erreichten Punkte. Dabei gelten für die Bewilligung der jährlichen Betriebskostenzuschüsse – unter Berücksichtigung der durch den Kreisausschuss am 13.12.2016 beschlossenen Erhöhungen – folgende Abstufungen:

1.500,00 € bei Erreichen einer Gesamtbewertung von 65 – 90 Punkten,

750,00 € bei Erreichen einer Gesamtbewertung von 57 – 64 Punkten.

Bei einer Gesamtbewertung von weniger als 57 Punkten kommt die Bewilligung eines Betriebskostenzuschusses nicht in Betracht.

Ein besonders wichtiges Kriterium für die Förderung musealer Einrichtungen durch den Kreis Heinsberg ist die finanzielle Unterstützung durch die jeweilige Stadt/Gemeinde. Nur wenn auch von dieser Seite die Unterstützung und damit die Wertschätzung der Museumsarbeit gewährleistet ist, kann eine Förderung durch den Kreis Heinsberg erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage der im Jahr 2020 beschlossenen Museumskonzeption und der entsprechenden Aktualisierung werden Betriebskostenzuschüsse – unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Förderung durch die jeweilige Stadt bzw. Gemeinde – in Höhe von

1.500,00 € an die musealen Einrichtungen:

- Bauernmuseum Selfkant,
- Bergfried Wassenberg,
- Besucherbergwerk Schacht 3, Hückelhoven,
- Dokumentationszentrum Glanzstoff, Heinsberg-Oberbruch,
- Historisches Klassenzimmer Geilenkirchen-Immendorf,
- Kleinbahnmuseum Selfkantbahn Gangelt-Schierwaldenrath,
- Korbmachermuseum Hückelhoven-Hilfarth,
- Kulturelles Zentrum Haus Hohenbusch, Erkelenz,
- Leo-Küppers-Haus Wassenberg,
- Rheinisches Feuerwehrmuseum Erkelenz,
- Schrofmühle Wegberg-Rickelrath,
- Virtuelles Museum der verlorenen Heimat Erkelenz,

und Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 750,00 € an

- Heimatmuseum Waldfeucht und
- Museum für Mineralien- und Bergbaufreunde Hückelhoven

bewilligt. Die Mittel stehen im Haushalt 2023 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

Kreisausschussmitglied Dr. Schmitz hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 11:

Zuschuss an den Trägerverein der Musikschule DaCapo e.V.

Beratungsfolge:	
04.05.2023	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0401 - Kulturförderung			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen	1.440,00 €	2.800,00 €	2.800,00 €	2.800,00 €
Saldo	1.440,00 €	2.800,00 €	2.800,00 €	2.800,00 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	09.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreis Heinsberg unterstützt seit Jahren die Arbeit des Kreismusikverbandes Heinsberg e.V. als Träger der Musikschule DaCapo. Es wurde mitgeteilt, dass diese Aufgabe nunmehr vom Trägerverein der Musikschule DaCapo e.V. wahrgenommen wird. Die Musikschule DaCapo bildet durch ihre musikpädagogische Arbeit gemeinsam mit den Musikschulen im Kreisgebiet eine ausgewogene Grundlage für eine musikalische Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 14.07.2011 den Grundsatzbeschluss gefasst, dem Kreismusikverband Heinsberg e.V. als Träger der Musikschule DaCapo jährlich einen Zuschussbetrag in Höhe von 15,00 € pro Schüler/in, insgesamt begrenzt auf maximal 2.800,00 € pro Jahr, zur Verfügung zu stellen. Mit Schreiben vom 15.02.2023 wird mitgeteilt, dass im Schuljahr 2022/2023 insgesamt 96 Schüler/innen an der Musikschule unterrichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Trägerverein der Musikschule DaCapo e.V. wird für das Jahr 2023 ein Zuschuss in Höhe von 1.440,00 € bewilligt. Die Mittel stehen im Haushalt 2023 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 12:

Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V.

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0211 - Feuerschutz			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>	2.400,00 €	2.400,00 €	2.400,00 €	2.400,00 €
Saldo	- 2.400,00 €	- 2.400,00 €	- 2.400,00 €	- 2.400,00 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>				
<i>Auszahlungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V. hat mit Schreiben vom 28.01.2023 für das Haushaltsjahr 2023 die Gewährung eines Zuschusses beantragt. Dieser Zuschuss soll u. a. Verwendung finden für die Zahlung der Verbandsbeiträge an den Verband der Feuerwehren in NRW e. V. sowie zur Durchführung des jährlichen Leistungsnachweises für die Feuerwehren im Kreis Heinsberg.

Seit seiner Gründung im Jahre 1973 hat der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V. sich stets im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Feuerwehren eingesetzt und dabei maßgeblich bei der Sicherstellung des Feuerschutzes mitgewirkt.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V. wird für das Haushaltsjahr 2023 ein Zuschuss von 2.400,00 € bewilligt. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen beim Abrechnungsobjekt 02110200 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 13:

Fortführung der Förderung des Projekts „Nepomuk“ für die Jahre 2024 und 2025

Beratungsfolge:	
23.05.2023	Jugendhilfeausschuss
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 0605 – Sonstige Jugendhilfeleistungen				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen		58.000,00 €	59.500,00 €	
Saldo	0 €	- 58.000,00 €	- 59.500,00 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1. und 2.
--------------------------	-----------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Das Projekt „Nepomuk – Netzwerk für Kinder & Jugendliche psychisch erkrankter Eltern“ der Katharina Kasper ViaNobis GmbH bietet Kindern und Jugendlichen aus Familien mit psychisch- oder suchterkrankten Eltern Betreuung, Beratung, Unterstützung und nicht zuletzt Aufmerksamkeit und Fürsorge. Der Empfehlung des JHA folgend hat der Kreisausschuss zuletzt am 07.12.2021 beschlossen, die langjährige Förderung dieses Projektes auch in den Jahren 2022 (53.500,00 €) und 2023 (55.000,00 €) fortzuführen.

Mit Schreiben vom 04.05.2023 nebst Ergänzung (s. Anlage der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses) hat die Katharina Kasper ViaNobis GmbH einen Folgeantrag gestellt, der auf die Fortführung der Bezuschussung im Jahr 2024 mit 58.000 € und im Jahr 2025 mit 59.500 € gerichtet ist.

Einen Teil der Projektkosten finanziert die Katharina Kasper ViaNobis GmbH seit jeher aus eigenen Mitteln.

Damit das Projekt von der Katharina Kasper ViaNobis GmbH weiter fortgeführt werden kann und dort weiterhin Planungssicherheit für die nähere Zukunft besteht, schlägt die Verwaltung vor, dem Antrag stattzugeben.

Frau Müller, Fachbereichsleitung im psychiatrischen Bereich der Eingliederungshilfe bei der Katharina Kasper ViaNobis GmbH, sowie Frau Breuer, dortige Koordinatorin für „Nepomuk“, werden das Projekt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Katharina Kasper ViaNobis GmbH werden für ihr Projekt „Nepomuk“ Förderzuschüsse in Höhe von 58.000 € für das Jahr 2024 und 59.500 € für das Jahr 2025 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 14:

Jugendhilfeplanung – Erhalt von Kindergartenplätzen – Kindertagesstätte „Lindenbaum“ in Gangelt-Breberen
Beschlussfassung Neubau zum Erhalt von 10 Plätzen

Beratungsfolge:	
23.05.2023	Jugendhilfeausschuss
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 0602 – Tageseinrichtungen für Kinder				
Umlageart: Jugendamtsumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>		85.500,00 €		
<i>Auszahlungen</i>		85.500,00 €		
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1. und 2.
--------------------------	-----------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

In seiner Sitzung vom 25.10.2022 hat der Jugendhilfeausschuss die Bemühungen der Verwaltung, zeitnah weitere Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, begrüßt.

Für den Versorgungsraum Gangelt ist mit Stichtag 10.02.2023 folgender derzeit nicht gedeckter Bedarf an Betreuungsplätzen auszuweisen:

- Ü 3 – 45 Plätze
- U3 – 28 Plätze
- U2 – 47 Plätze.

Damit fehlen 120 Plätze, die dem Grunde nach über einen gesetzlichen Anspruch auf der Grundlage des [§ 24 SGB VIII](#) verfügen.

Die sechsgruppige Kindertageseinrichtung Lindenbaum in Gangelt-Breberen befindet sich im Eigentum des Elternvereins Lindenbaum e. V..

Bei einer Begehung durch den LVR als betriebserlaubniserteilender Behörde wurde festgestellt, dass bei einer Gruppe ein deutlich eingeschränktes Platzangebot vorgehalten wird. Daher hält der LVR eine Erweiterungsmaßnahme für erforderlich. Sollte eine Erweiterung der Kindertagesstätte nicht möglich sein, wird die Betriebserlaubnis ab August 2023 auf 15 Kinder und ab August 2024 auf 10 Kinder beschränkt. Demnach würden dauerhaft 10 Plätze wegfallen.

Der Träger Elternverein Lindenbaum e. V. ist bereit, durch einen Erweiterungsbau weitere Räumlichkeiten zu schaffen, um den Erhalt der 10 Plätze zu sichern.

Die Trägerin beabsichtigt eine Finanzierung des Erweiterungsbaus durch Landesmittel für Neubaumaßnahmen zum Erhalt von 10 Plätzen. Das Land fördert diese Maßnahmen mit 90 % von 9.500,00 € pro Kindergartenplatz. Der zehnpromtente Trägeranteil zu den Investitionskosten wird vom Träger übernommen. Die weiteren Baukosten in Höhe von ca. 350.000,00 € werden vom Träger über Rücklagen und Eigenmittel finanziert.

Die Verwaltung des Jugendamtes schlägt vor, dem Erweiterungsbau zum Erhalt von 10 Plätzen zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der Landesbewilligung werden die Zuwendungen für die Neubaumaßnahme zum Erhalt der 10 Plätze bewilligt.

Anlage 1 der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses:
Interessensbekundung des Trägers vom 09.05.2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 15:

Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW)

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: Gesamthaushalt				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage u. a.				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen	918.359 €			
Saldo	-918.359 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen	11.489.627 €			
Saldo	-11.489.627 €		0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Gemäß [§ 22 Abs. 4 KomHVO NRW](#) ist dem Kreistag eine Übersicht der Ermächtigungsübertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Für die Veranschlagung im Haushaltsplan gilt nach [§ 79 GO NRW](#) der Grundsatz der Jährlichkeit. Der Haushaltsplan hat danach im Ergebnisplan die im Haushaltsjahr durch die Erfüllung der Aufgaben entstehenden Aufwendungen und entsprechend im Finanzplan die zu leistenden Auszahlungen auszuweisen. Mit dem Ende des Haushaltsjahres entfällt die Ermächtigung, aus den Haushaltspositionen heraus noch Aufwendungen entstehen zu lassen oder Auszahlungen zu leisten. Die Ermächtigungsübertragung durchbricht den Grundsatz dieser zeitlichen Bindung.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes lässt sich nicht immer mit Gewissheit vorausblicken, ob die veranschlagten Ermächtigungen für Vorhaben, die sich über das Haushaltsjahr hinaus erstrecken, bis zum Ende des Haushaltsjahres wie geplant in Anspruch genommen werden können.

Die zügige Durchführung solcher Vorhaben könnte gefährdet werden, wenn zur weiteren Inanspruchnahme der Ermächtigungen diese erst neu im Haushaltsplan veranschlagt werden müssten.

Durch [§ 22 KomHVO NRW](#) ist daher die Möglichkeit geschaffen worden, Aufwendungs- und Auszahlungsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr im Sinne einer flexiblen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu übertragen.

Die Ermächtigungsübertragungen belasten wirtschaftlich das neue Haushaltsjahr. Die vorgesehenen Ermächtigungsübertragungen erfolgen im Jahresabschluss. Bei einer Übertragung führen sie daher zu einer unmittelbaren Veränderung der betroffenen Haushaltspositionen im Ergebnis- bzw. Finanzplan 2023, der vom Kreistag beschlossen worden ist.

Im Aufwandsbereich wurden im Jahresabschluss 2022 insgesamt Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 918.358,83 € festgesetzt. Wirtschaftlich wird das Haushaltsjahr 2023 belastet, in dem der Ressourcenverbrauch tatsächlich stattfindet. Die Übertragungen bewirken eine unmittelbare Veränderung der Haushaltspositionen im Ergebnis- und Finanzplan des Jahres 2023 (Planfortschreibung). Des Weiteren wurden Ermächtigungsübertragungen für Baumaßnahmen und andere Investitionen in Höhe von 11.489.627,45 € gebildet. Diese im Haushaltsjahr 2022 nicht verbrauchten, aber noch benötigten Haushaltsmittel führen im Rahmen der Planfortschreibung zu Erhöhungen der Haushaltspositionen des Finanzplanes im Haushaltsjahr 2023. Die Auszahlungen auf Grundlage der übertragenen Ermächtigungen fließen zusätzlich in die Finanzrechnung 2023 ein. Gleichzeitig ergibt sich durch die im Haushaltsjahr 2022 erfolgte Veranschlagung und Finanzierung der Investitionsmaßnahmen ein entsprechend verbessertes Finanzrechnungsergebnis 2022.

Die Kreditermächtigung gilt gemäß [§ 86 GO](#) bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zum Erlass dieser Haushaltssatzung.

Eine Gesamtübersicht der übertragenen Ermächtigungen mit den entsprechenden Begründungen ist als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die vorgesehenen Ermächtigungsübertragungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 16:

Beteiligung am Folgeprojekt zu „EMRLingua“ - Interreg VI – „Connect'ED“

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge		45.334 €	45.333 €	45.333 €
Aufwendungen		56.668 €	56.666 €	56.666 €
Saldo	0 €	- 11.334 €	- 11.333 €	- 11.333 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	05.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Gemäß dem Beschluss des Kreisausschusses vom 09.12.2020 beteiligt sich der Kreis Heinsberg seit dem 01.03.2021 an dem bei der Euregio-Maas-Rhein (EMR) angesiedelten Projekt zum Aufbau eines Koordinierungs- und Wissenszentrums für Nachbarsprachen und interkulturelle Kompetenzen („EMRLingua“/Interreg V), das zu 50 % aus EU-Mitteln und 30 % aus Mitteln des Landes NRW finanziert wird.

Im Rahmen dieses Projektes wurde die Euregionale Koordinierungsstelle für Nachbarsprachen und interkulturelle Kompetenz (kurz: „EMRLingua-Zentrum“) gegründet. Sie hat ihren Sitz in der EMR-Geschäftsstelle in Eupen und ist integraler Bestandteil der EMR-Geschäftsstelle.

Das EMRLingua-Zentrum ist zentrale Anlaufstelle, um euregionale Schulnetzwerke, Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Fördermöglichkeiten und Unterrichtsmaterialien zu etablieren und auf diesem Weg die euregionale Bildung zu stärken.

„EMRLingua“ beinhaltet die nachfolgenden drei Arbeitsschwerpunkte:

1. Förderung von grenzüberschreitenden Schüleraustauschen und dem Besuch außerschulischer Lernorte
2. Verwaltung und Betreuung euregionaler Zertifizierungen von Schulen („Euregioprofilschule“ und „Euregioschool“)
3. Entwicklung und Aktualisierung von mehrsprachigen Unterrichtsmaterialien sowie

digitalen Tools

Neben dem Kreis Heinsberg beteiligen sich folgende Partner an „EMRLingua“:

- Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Euregio Maas-Rijn (Leadpartner)
- Städteregion Aachen
- Kreis Düren
- Vogelsang IP
- Universität Maastricht
- Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Belgien
- University Colleges Leuven (UCL)
- University Colleges Limburg (UCL)
- Stichting Voortgezet Onderwijs Parkstad Limburg

Assoziierte Partner, die das Projekt begleitend unterstützen, sind:

- Kreis Euskirchen
- Bezirksregierung Köln
- (Niederlandse) Taalunie (niederländische Sprachunion)
- Nuffic (niederländische Organisation für Internationalisierung im Bildungswesen)
- Zuyd Hogeschool
- Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Die Laufzeit des Projekts endet am 31.08.2023. Coronabedingt konnten insbesondere bei den Schülermobilitäten die angestrebten Projektziele nicht erreicht werden. Daher haben die Partner entschieden, einen Antrag auf Verlängerung des Projektes bis zum 31.12.2023 zu stellen. Hierüber muss die Interreg-Behörde noch entscheiden.

Zwischenzeitlich arbeiten die Partner an einem durch Interreg VI geförderten Folgeprojekt. Der Projektname lautet „Connect'ED“. Bereits durch den Namen soll das Ziel unterstrichen werden, junge Menschen über Grenzen hinweg zu verbinden und grenzüberschreitende Bildung zu fördern.

Mit dem noch laufenden Projekt „EMRLingua“ wurde insbesondere der geographische Aspekt der EMR in den Blick genommen. Durch das neue Projekt soll das bereits bestehende Netzwerk weiter ausgebaut, die euregionale Bildung noch stärker gefördert werden und noch mehr Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, nachbarsprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln.

Sprachliche, kulturelle und strukturelle Hindernisse erschweren den grenzüberschreitenden Bildungsaustausch und die Suche nach qualifiziertem Personal. Der Arbeitsmarkt wird weitgehend durch nationale und sprachliche Grenzen bestimmt. Auch junge Menschen sind aus Bildungsgründen oftmals geneigt, keine Grenzen zu überschreiten, was wiederum zu einem Verlust an Chancen führt. Auf diese Herausforderungen will „Connect'ED“ reagieren.

Das Folgeprojekt wird drei Arbeitsschwerpunkte verfolgen, die ausdrücklich auf die breitere grenzüberschreitende Politik in der EMR abgestimmt sind:

1. Euregionales Bildungsmanagement und unterstützende Strukturen
2. Euregionale Perspektiven (Entwicklung und Implementierung von Lernrouten)
3. Euregionale Studien- und Berufsorientierung

Jungen Menschen in der Euregio soll durch „Connect'ED“ die Möglichkeit gegeben werden, die Vorteile des Grenzgebietes schon in jungen Jahren und während ihrer gesamten Bildungslaufbahn zu entdecken. Indem sie mit der Geschichte, der Gegenwart und den zukünftigen Herausforderungen der Euregio vertraut gemacht werden, werden sich die Jugendlichen der Vorteile der EMR bewusst und besser auf den euregionalen Studien- und Arbeitsmarkt vorbereitet.

„EMRLingua“ schuf eine Grundstruktur für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich, mit Schwerpunkt auf Grund- und weiterführende Schulen. Diese Struktur soll im neuen Projekt ausgeweitet werden und Berufsschulen sowie Unternehmen mit einbeziehen.

Um die Ziele von „Connect'ED“ zu erreichen, sollen bestehende Unterrichtsmaterialien in der Euregio aktualisiert und ausgetauscht werden, während gleichzeitig neue, attraktive digitale Materialien mit Elementen von Serious Games und Virtual Reality in Niederländisch, Französisch und Deutsch entwickelt werden. Schulaktivitäten werden den direkten Kontakt mit den Muttersprachlern ermöglichen, das „peer learning“ stärken und Kinder und Jugendliche motivieren, die Nachbarsprache zu erlernen. Online-Tools und Online-Kontaktplattformen werden außerdem den Prozess der Partnersuche erleichtern.

Außerschulische Lernorte werden grenzüberschreitende Lernrouten zu Themen wie gemeinsame Geschichte und Kultur sowie zu Herausforderungen wie Energiewende und Klimawandel anbieten. Das Bildungsangebot ist ausgerichtet auf alle Schulen in der EMR, soll aber auch für Bürgerinnen und Bürger genutzt werden können.

Durch Angebote von grenzüberschreitenden Praktika soll der Zugang zum euregionalen Arbeits- und Studienmarkt erleichtert werden.

Interreg VI wird in einem zweistufigen Antragsverfahren organisiert. Die erste Projektskizze war bis zum 14.04.2023 einzureichen. Nach einer ersten Evaluierung sowie einem positiven Bescheid durch die Interreg-Behörde würde dann Stufe 2 erfolgen, wonach die Skizze bis zum 13.07.2023 zu einem Vollertrag ausgearbeitet sein muss.

Die Verwaltung ist von dem Projekt überzeugt und hat am 01.03.2023 einen „Letter of Intent“ zur Unterstützung des Folgeprojekts unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Beschlussfassung des Kreisausschusses und des Kreistages abgegeben. Damit sollte auch der regionalen Verbundenheit und Solidarität Ausdruck verliehen werden.

Neben dem Kreis Heinsberg werden sich folgende Partner am Folgeprojekt beteiligen:

- Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Euregio Maas-Rijn (Leadpartner)
- Städteregion Aachen
- Kreis Düren
- Vogelsang IP
- VKW Limburg (parteilose Arbeitgeberorganisation)
- Meet the Talents (aus den Niederlanden, hat Plattform „Meet the Youngsters“ geschaffen, um gezielt junge Menschen mit Unternehmen in der (EU)Region zusammenzubringen)
- University Colleges Leuven-Limburg (UCLL)
- Stichting Voortgezet Onderwijs Parkstad Limburg

- Basse-Meuse Développement asbl (gemeinnütziger Verein aus Belgien, der über anerkannte Erfahrung in der Förderung von Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen verfügt)

Assoziierte Partner:

- Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- VISTA College
- Industrie- und Handelskammer Aachen
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien

Bereits für die Umsetzung des Projekts „EMRLingua“ wurde die auch für das Folgeprojekt erforderliche anteilige Projektstelle (25 % VZÄ, EG 10) im Regionalen Bildungsbüro des Kreises Heinsberg benannt.

Es ist angedacht, sich finanziell in vergleichbarer Höhe wie im Projekt „EMRLingua“ zu beteiligen. Für die Dauer der Gesamtlaufzeit von „Connect'ED“ sind für den Kreis Heinsberg Gesamtausgaben von 170.000,00 € einzuplanen. Für die Beteiligung am Arbeitspaket 1 „Euregionales Bildungsmanagement und unterstützende Strukturen“ wurde ein Budget von 70.000,00 €, für die Beteiligung am Arbeitspaket 2 „Euregionale Perspektiven (Entwicklung und Implementierung von Lernrouten) ein Budget von 90.000,00 € sowie für die Beteiligung am Arbeitspaket 3 „Studien- und Berufsorientierung“ ein Budget von 10.000,00 € in der ersten Projektskizze eingeplant.

Von den Gesamtkosten werden voraussichtlich 50 % über Interreg gefördert. Über eine Kofinanzierung des Landes NRW und deren Höhe wird erst abschließend im Oktober 2023 entschieden werden. Sofern das Land NRW erneut in Höhe von 30 % das Projekt kofinanziert, verbleibt ein Eigenmittelanteil des Kreises Heinsberg i. H. v. 20 %, d.h. 34.000,00 € für die gesamte Projektlaufzeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2026.

Sollten die Gesamtkosten nicht in dem oben genannten Umfang durch Interreg und das Land NRW kofinanziert werden, wird sich der Kreis Heinsberg mit den deutschen Partnern über die weitere Vorgehensweise beraten und abstimmen.

In der Sitzung des Kreisausschusses steht der Leiter des Zentrums für kommunale Bildung und Integration für Rückfragen zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg beteiligt sich an der regionalen Partnerschaft zur Unterstützung des Interreg- VI-Antrages „Connect'ED“ der EMR. Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektideen zu unterstützen und die mit dem Antrag verbundenen Eigenmittel im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Europäische Union und das Land NRW.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 17:

Empfehlungen des Unterausschusses zur proaktiven Begleitung der Sicherung der medizinischen Versorgung im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
24.05.2023	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen
07.06.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	ja, derzeit noch nicht bezifferbar
----------------------------------	------------------------------------

Leitbildrelevanz:	1., 2., 3., 8.
--------------------------	----------------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Aufgrund des gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU und FDP hat der Kreistag in seiner Sitzung am 16.11.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen richtet einen festen „Unterausschuss“ unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen ein, der die Sicherung der medizinischen Versorgung im Kreis Heinsberg proaktiv begleitet. Die Zusammensetzung dieses Arbeitskreises kann je nach Thema und Bedarf erweitert werden.

Im Anschluss daran hat der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen am 30.11.2021 beschlossen, dass die Kernbesetzung des Unterausschusses aus je einem Mitglied/stv. Mitglied der im Kreistag vertretenen Fraktionen und dem Gesundheitsamt besteht. KV Nordrhein und Ärztekammer Nordrhein sollten gebeten werden, je ein Mitglied für die Kernbesetzung zu benennen. Über die Hinzuziehung weiterer Mitglieder entscheide der Unterausschuss je nach Bedarf und Thema.

Nach Benennung der entsprechenden Mitglieder hat die erste Sitzung des Unterausschusses am 27.04.2022 stattgefunden.

Inzwischen hat der Unterausschuss, bestehend aus Vertretern des Gesundheitsamtes, aller Kreistagsfraktionen, der KVNO, der ÄK Nordrhein (Kernbesetzung) sowie des Hausärzteverbandes, der kreisangehörigen Kommunen, der Krankenhäuser im Kreis Heinsberg und der WFG Kreis Heinsberg, in bisher fünf Sitzungen verschiedene Möglichkeiten zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Kreis Heinsberg besprochen.

Vorab ist festzuhalten, dass der Sicherstellungsauftrag hinsichtlich der ärztlichen Versorgung bei der KV Nordrhein liegt. Der Kreis Heinsberg kann jedoch flankierend tätig werden, indem insbesondere gute Rahmenbedingungen für medizinisches Personal geschaffen werden.

Die seinerzeit beantragte Vergabe von Stipendien wurde ausführlich diskutiert, letztlich aber als nicht kurzfristig und nur in Einzelfällen wirksames Mittel zur Beseitigung des Kräftenmangels verworfen. Zum einen gibt es bereits entsprechende Förderprojekte der KVNO, zum anderen würden sich aus Sicht der an den Sitzungen des Unterausschusses teilnehmenden Ärztinnen/

Ärzte junge Studentinnen/Studenten nicht schon vor Beginn bzw. früh während des Studiums festlegen, wo sie sich mehrere Jahre später (mit Familie) niederlassen möchten.

Die Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Trägerschaft des Kreises scheint insbesondere vor dem Hintergrund einer Standortwahl problematisch, da keine der zehn kreisangehörigen Kommunen bevorzugt oder benachteiligt werden soll, eine Einrichtung mehrerer MVZ gleichzeitig aber nicht finanzier- und leistbar scheint. Denkbar wäre eine Unterstützung der Kommunen, sofern diese die Einrichtung eines MVZ in eigener Zuständigkeit planen würden.

Auch die finanzielle Unterstützung niederlassungsbereiter Ärztinnen/Ärzte aus Kreismitteln – hier werden mindestens 30.000,00 € pro Fall als notwendig erachtet – ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation und wiederum der Problematik, dass alle kreisangehörigen Kommunen gleichbehandelt werden sollten, kaum umsetzbar. Auch hier käme ggf. eine Unterstützung der Kommunen in Betracht, sollten diese für ihr Gebiet eine entsprechende Förderung vorsehen.

Folgende Punkte, die allen kreisangehörigen Kommunen gleichermaßen zugutekommen, erscheinen nach Auffassung des Unterausschusses sinnvoll und zielführend, weshalb deren Prüfung den politischen Gremien des Kreises Heinsberg empfohlen wird:

- Die im Frühjahr 2022 von der KVNO im Kreis Heinsberg durchgeführte „Landpartie“ stellt aus Sicht des Unterausschusses ein erfolgversprechendes Format dar, um interessierte niederlassungs- oder weiterbildungsbereite Ärztinnen/Ärzte mit abgebenden bzw. Unterstützung suchenden Ärztinnen/Ärzten zusammenzubringen. Es wird daher empfohlen, ein Konzept zu entwickeln, um ein solches zweitägiges Format regelmäßig (1 x jährlich) zusammen mit potenziellen Partnern (WFG, KV, Ärztekammer, Hausärzteverband etc.) durchzuführen.
- Nicht ausschließlich aufgrund des Ärztinnen-/Ärztemangels, sondern auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels sollte geprüft werden, ob und ggf. wo die Stelle einer/eines zentralen Ansprechpartnerin/Ansprechpartners („Kümmerin/Kümmerers“) für alle Fragen, die im Zusammenhang mit einer Arbeitsplatz- und Wohnungssuche sowie der Suche nach Kita- und Schulplätzen im Kreis Heinsberg auftreten, geschaffen werden kann. Diese Person muss nicht alle auftretenden Fragen selbst beantworten, aber sehr gut mit Kommunen, Wirtschaft, Kammern etc. vernetzt sein und gezielt Ansprechpartnerin/Ansprechpartner für auftretende Fragen benennen können.
- Die bereits seit 2015 bestehende Verbundweiterbildungsbefugnis für Fachärztinnen/Fachärzte für Allgemeinmedizin soll wieder verstärkt mit Leben gefüllt werden. Zwischen Hausärzteverband und Krankenhäusern gab es dazu bereits erste Gespräche. Sofern erforderlich, sollte hier auch seitens der Politik unterstützt werden.
- Um auch in Zukunft eine gute medizinische Versorgung sicherstellen zu können, wird man verstärkt auf telemedizinische Versorgungsformen angewiesen sein. Mit diesem Thema sollten sich auch die Vertreterinnen/Vertreter der politischen Gremien frühzeitig beschäftigen und Notwendigkeiten sowie Vorteile gegenüber den Bürgerinnen/Bürgern kommunizieren. Eine Teilnahme an entsprechenden Modellprojekten in Abstimmung mit den Vertreterinnen/Vertretern der Ärzteschaft wird empfohlen.

- Der Internetauftritt der WFG Kreis Heinsberg [Leben im Kreis Heinsberg \(leben-im-westen.info\)](http://Leben-im-westen.info) sollte ausgebaut und mit weiteren Zahlen, Daten und Fakten für Personen, die im Kreis Heinsberg wohnen und arbeiten möchten, ergänzt werden.
- Die kreisangehörigen Kommunen sollen nochmals gebeten werden – soweit noch nicht geschehen – ein Profil auf der Homepage [Arzt sein in Nordrhein \(arzt-sein-in-nordrhein.de\)](http://Arzt-sein-in-nordrhein.de) anzulegen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit potenziellen Partnern (WFG, KV, Ärztekammer, Hausärzterverband etc.) ein Konzept zu entwickeln, wie ein der Landpartie der KV Nordrhein vergleichbares zweitägiges Format regelmäßig, möglichst einmal jährlich im Kreis Heinsberg durchgeführt werden kann. Das Konzept einschließlich der voraussichtlichen Kosten wird dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen und dem Kreisausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, gemeinsam mit der WFG zu prüfen,

- unter welchen Voraussetzungen und wo die Stelle einer/eines zentralen Ansprechpartnerin/Ansprechpartners („Kümmerin/Kümmerers“) für alle Fragen, die im Zusammenhang mit einer Arbeitsplatz- und Wohnungssuche sowie der Suche nach Kita- und Schulplätzen im Kreis Heinsberg auftreten, geschaffen werden kann.
- ob der Internetauftritt www.leben-im-westen.info ausgebaut oder eine andere Informationsplattform für Menschen, die in den Kreis Heinsberg ziehen möchten, geschaffen werden kann.

Die kreisangehörigen Kommunen, die noch nicht über ein Gemeindeprofil auf der Homepage www.arzt-sein-in-nordrhein.de verfügen, werden durch die Verwaltung gebeten, dies anzulegen.

Die politischen Vertreterinnen/Vertreter des Kreises Heinsberg beschäftigen sich mit telemedizinischen Versorgungsformen und setzen sich dafür ein, Notwendigkeiten und Vorteile gegenüber den Bürgerinnen/Bürgern zu kommunizieren und in Abstimmung mit Vertreterinnen/Vertretern der Ärzteschaft an entsprechenden Modellprojekten teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 18:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.04.2023 gem. § 5 GeschO betr. "Beitritt zum Zukunftsnetz Mobilität"

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
02.05.2023	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion gem. § 5 GeschO betr. „Beitritt zum Zukunftsnetz Mobilität“ vom 17.04.2023 verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel begründet stellv. Ausschussmitglied Röhrich zunächst den Antrag. Er verweist darauf, dass lediglich der Kreis Heinsberg und der Kreis Kleve nicht Mitglied sind. Der Antrag ist kostenfrei und eine Mitgliedschaft bringt viele Vorteile.

Im Anschluss bittet Ausschussvorsitzender Jansen die Verwaltung um Stellungnahme. Dezernent Lind führt für die Verwaltung wie folgt aus:

„Das Thema „nachhaltige Mobilität“ nimmt bereits seit langer Zeit einen hohen Stellenwert ein. Dies zeigte sich nicht zuletzt im Rahmen der Projektarbeit zur „Globalen Nachhaltigen Kommune NRW“, wo dieses Thema u. a. durch die WestVerkehr GmbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH sowie den Aufgabenträger ÖPNV begleitet wurde.

Die Themenfelder des Zukunftsnetz Mobilität NRW richten sich in weiten Teilen an Städte und Gemeinden bzw. Bürgerinnen und Bürger und weniger an Kreise. Gleichwohl bietet das Zukunftsnetz Veranstaltungen an, die sich direkt an die Aufgabenträger ÖPNV richten und nicht auf die Mitglieder begrenzt sind. An diesen nimmt der Kreis Heinsberg bereits zielgerichtet teil. Ebenso nimmt er offene Veranstaltungen, bspw. im Bereich Klimaschutz, wahr. Zudem partizipiert der Kreis Heinsberg über die Aachener Verkehrsverbund GmbH sowie die go.Rheinland GmbH als Träger am Netzwerk. Das Thema Mobilität hat ebenfalls einen hohen Stellenwert in der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Heinsberg im Rahmen der „Global Nachhaltigen Kommune NRW“ (nachzulesen unter Handlungsfeld 5-Nachhaltige Mobilität).

Die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft wird, auch vor dem Hintergrund des damit einhergehenden Personalaufwandes, nach Auffassung der Verwaltung nach wie vor nicht gesehen.“

Stellv. Ausschussvorsitzender Horst unterstützt den Antrag. Ihm erschließt sich die Ablehnung der Verwaltung nicht. Der Arbeitsaufwand wäre aus seiner Sicht vertretbar, auch in Hinblick auf die Personalaufstockung beim Fachamt.

Ausschussmitglied Dr. Schmitz hingegen schließt sich der Argumentation der Verwaltung an. Er verweist an dieser Stelle auch darauf, dass die Stellenbesetzungen noch nicht erfolgt sind. Da

eine Mitgliedschaft in einem zusätzlichen Gremium aus seiner Sicht entbehrlich ist, wird dem Antrag nicht zugestimmt.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Jansen über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Die Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion und die Vertreter der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen für den Antrag. Der Vertreter der FW-Kreistagsfraktion enthält sich.

In der Sitzung des Kreisausschusses wirbt die SPD-Fraktion nochmal für ihren Antrag, indem sie die kostenlose Mitgliedschaft herausstellt und ausführt, dass im Kreis Kleve derzeit ein Beitritt zum Zukunftsnetz diskutiert werde. Sofern der Kreis Kleve beitrete, sei der Kreis Heinsberg der einzige Kreis in NRW, der in diesem Netzwerk nicht vertreten sei.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Heinsberg wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt Mitglied im Zukunftsnetz Mobilität. Die Verwaltung setzt die Beitrittsvoraussetzungen entsprechend um.
2. Vertreterinnen und Vertreter der Kreispolitik und hiesige Akteure aus dem Bereich Mobilität werden eng in die Zusammenarbeit im Zukunftsnetz Mobilität eingebunden und regelmäßig informiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 11 Enthaltung 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 19:

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FW
gem. § 5 GeschO betr. "Stellungnahme: Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen
Nahverkehr"**

Beratungsfolge:	
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Es wird auf den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FW gem. § 5 GeschO sowie die anliegende Stellungnahme zum Thema „Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr“ vom 05.04.2023 verwiesen.

In der Sitzung des Kreisausschusses stellt Landrat Pusch die Wichtigkeit dieses Themas heraus.

Beschlussvorschlag:

Die gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FW zur nachhaltigen Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr wird beschlossen und damit ein entsprechendes Signal an die Verantwortlichen in Bund und Land gesendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 20:

Bericht der Verwaltung

Landrat Pusch führt wie folgt aus:

„Sachstandsbericht zum Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“

Im Rahmen des Projekts „Global Nachhaltige Kommune NRW“ nimmt der Kreis Heinsberg seit Anfang April 2023 am Projekt „Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts anhand des Berichtsrahmens Nachhaltige Kommune (BNK)“ von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global teil. Der BNK ist ein Rahmenwerk für die kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung in Deutschland, entwickelt vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Ziel des Projekts ist es, bis Ende des Jahres einen solchen Nachhaltigkeitsbericht für unseren Kreis zu entwickeln und zu verabschieden. Dieser Nachhaltigkeitsbericht eröffnet uns die Möglichkeit, unsere Fortschritte im Bereich nachhaltiger Entwicklung zu erheben und anschließend einheitlich und transparent darzustellen. Die Projektleitung übernimmt Frau Beyda Üner von der Stabsstelle Nachhaltigkeit.

Aufstellung akquirierter Fördermittel

Entsprechend der geübten Praxis möchte ich die Politik über die akquirierten Fördermittel für den Zeitraum 01.04.2022 – 31.03.2023 informieren. Wie auch in den vergangenen Jahren füge ich eine entsprechende aktuelle Aufstellung der Fördermittel der Niederschrift bei.“

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 21:

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 12 GeschO betr. "Einbau intelligenter Messeinrichtungen (Smart Meter) und Nutzung dynamischer Stromtarife im Kreisgebiet"

Es wird auf die als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügte Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 12 GeschO betr. „Einbau intelligenter Messeinrichtungen (Smart Meter) und Nutzung dynamischer Stromtarife im Kreisgebiet“ vom 11.05.2023 verwiesen.

Landrat Pusch beantwortet die Anfrage wie folgt:

„1. Wie ist der Stand des Smart-Meter-Rollouts bei den Netzbetreibern im Kreisgebiet? In wie vielen Haushalten bzw. Betrieben stehen bereits Smart Meter zur Verfügung?“

Antwort: Durch das Anfang September 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurde das Messstellenbetriebsgesetz als zentrales Gesetz für den Messstellenbetrieb eingeführt. Es ist Grundlage für die Einführung intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen. Umgangssprachlich werden die intelligenten Messsysteme dabei als Smart-Meter bezeichnet.

Das Messstellenbetriebsgesetz soll durch das sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende geändert werden. Diese Änderung sieht einen Rolloutfahrplan mit verbindlichen Zielen bis zum Jahr 2030 vor. Die Messstellenbetreiber wären dann per Gesetz beauftragt, die angeschlossenen Verbrauchsstellen schrittweise mit Smart-Metern auszustatten. Beginnend mit dem Jahr 2025 ist der Einbau von intelligenten Messsystemen verpflichtend für Haushalte mit einem Jahresstromverbrauch von über 6.000 Kilowattstunden oder einer Photovoltaik-Anlage mit mehr als sieben Kilowatt installierter Leistung. Bis 2030 sollen alle diese Abnehmer entsprechend mit Smart-Metern ausgestattet sein. Auch Haushalte, die weniger Strom verbrauchen, sollen das Recht auf den freiwilligen Einbau eines intelligenten Stromzählers haben.

Für den Einbau und Betrieb des intelligenten Messsystems ist zunächst der sogenannte grundzuständige Messstellenbetreiber verantwortlich. Der grundzuständige Messstellenbetreiber ist in der Regel der örtliche Netzbetreiber. Der Bürger hat jedoch die Möglichkeit, einen anderen Messstellenbetreiber zu beauftragen.

Die örtlichen Netzbetreiber sind wiederum auf der Grundlage eines Konzessionsvertrages mit den jeweiligen Kommunen im Kreisgebiet tätig. Dem Kreis sind die Inhalte der Konzessionsverträge nicht bekannt. Daher liegen dem Kreis auch keine Informationen zum Umsetzungsstand des Smart-Meter-Rollouts vor. Die Überwachung des Rollouts liegt in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur.

2. Welche Planungen gibt es für den weiteren Ausbau? Sind hierzu kurz- oder mittelfristig Änderungen zu erwarten?

Antwort: Es wird auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen. Der weitere Ausbau ist eine Angelegenheit der Netzbetreiber bzw. der konzessionsgebenden Kommunen. Nach Auskunft der Bundesnetzagentur hat der Bürger jedoch individuell die Möglichkeit, einen anderen Messstellenbetreiber als den örtlichen Netzbetreiber zu beauftragen.

3. Welche Möglichkeiten sieht die Kreisverwaltung, den Prozess zu beschleunigen?

Antwort: Auch hier wird auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen. Der Kreis hat aufgrund seiner Unzuständigkeit keine durchgreifenden Möglichkeiten, um diesen Prozess zu beschleunigen.

4. Ist die perspektivische Nutzung von dynamischen Stromtarifen auch für die Kreisliegenschaften geplant, z.B. zum Laden von E-Autos?

Antwort: Für den Verwaltungsbetrieb bringt ein dynamischer Stromtarif - jedenfalls nach aktuellem Sachstand - keinen relevanten Nutzen, da zu Zeiten günstiger Tarife in der Regel kein Dienstbetrieb stattfindet. Im Gegensatz zu privaten Haushalten lässt sich die Notwendigkeit einer Stromabnahme von Schul- und Verwaltungsgebäuden nur beschränkt steuern und in die Nachtstunden verschieben. Im Tagesbetrieb wiederum werden die kreiseigenen Liegenschaften weitestgehend von eigenen PV-Anlagen versorgt werden. Eine Beschränkung der dynamischen Tarifierung auf einzelne Abnehmer (z.B. die Ladesäulen für E-Fahrzeuge) setzt voraus, dass diesbezüglich separate Hausanschlüsse verlegt werden müssten, deren erheblichen Kosten eine finanzielle Einsparung auf Verbrauchsseite deutlich schmälern oder gar kompensieren würden. Da derzeit noch keine Konditionen für dynamische Tarife bekannt sind, kann hierzu allerdings noch keine verbindliche Aussage getroffen werden. Die Verwaltung wird die weitere Entwicklung im Blick behalten und zu gegebener Zeit eine Neubewertung vornehmen.“

Auf Nachfrage der anfragestellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Landrat Pusch, dass man trotz mittelbarer Beteiligung an der NEW nicht deren Geschäftspolitik beeinflussen könne und der Nutzen der Smart-Meter derzeit noch unklar sei. Zudem verweist er auf die Gesetzesinitiative.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 22:

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FW gem. § 12 GeschO zum Tagesordnungspunkt "Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier Aufhebung der Richtlinien"

Es wird auf die als Tischvorlage in der Sitzung des Kreisausschusses ausliegende Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FW gem. § 12 GeschO zum TOP „Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule; hier: Aufhebung der Richtlinien“ vom 31.05.2023 verwiesen.

Landrat Pusch erklärt, dass den Kreisausschussmitgliedern die Antworten zu dieser Anfrage - wie eingangs bereits ausgeführt - als Tischvorlage 2 vorliegen.

Die Kreisausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden, auf eine Verlesung der Antworten zu verzichten.

Folgende Informationen liegen den Kreisausschussmitgliedern als Tischvorlage vor:

„1. Wie viele Familien betrifft diese Regelung im Kreis Heinsberg?“

Antwort: Zum Stand 01.06.2023 stellen sich die Erstattungsfälle je Kommune im Schuljahr 2022/23 wie folgt dar:

Stadt /Gemeinde	Geschwisterkind- befreiungen	Sozialbefreiungen
Gangelt	1	38
Waldfeucht	4	20
Selfkant	41	44
Wassenberg	40	134
Übach-Palenberg	79	90
Wegberg	122	58
	287	384

Es ist nicht auszuschließen, dass bis zum Ende des Schuljahres 2022/23 noch einzelne Anträge eingehen werden.

2. Welche freiwilligen Leistungen – neben der Geschwisterkindererstattung – wurden im Bereich des Kreisjugendamtes in den letzten 5 Jahren übernommen?

Antwort: Bei den Aufgaben des Jugendamtes ist zu differenzieren zwischen echten Pflichtleistungen (z. B. Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe), Pflichtleistungen, die in ihrer Ausgestaltung disponibel sind, und echten freiwilligen Leistungen. Die Abgrenzung zwischen den beiden letztgenannten ist mitunter fließend.

Zahlreiche Leistungen, die als freiwillig erscheinen mögen, beruhen schlussendlich auf einer pflichtigen Aufgabe, welche aber in der Ausgestaltung und hinsichtlich des Umfangs der Bereitstellung der finanziellen Mittel disponibel ist. Beispielsweise sollen nach § 13 SGB VIII

jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. So werden im Kreis Heinsberg z. B. eine Jugendwerkstatt und zwei Schulwerkstätten sowie das Schulbauernhofprojekt vorgehalten. Die Jugendsozialarbeit an sich ist dabei eine pflichtige Aufgabe, nicht aber die konkrete Ausgestaltung.

Neben den OGS-Geschwisterkinderstattungen werden im Rahmen der Jugendamtsumlage folgende „echte“ freiwillige Leistungen erbracht (ohne Aufzählung der freiwilligen Ausgestaltung von Pflichtaufgaben):

- Übernahme der Trägeranteile nach dem KiBiz
- Übernahme der den Mietzuschuss nach KiBiz übersteigenden Investorenmiete
- Kreiszuschüsse zu Neu-/Umbauten oder Ausstattungsmaßnahmen im Bereich Kindertagesstätten
- Investitionszuschüsse im Bereich der Tagespflege
- Erhöhungsbetrag im Rahmen der Flexibilisierung der Betreuungszeiten gem. § 48 KiBiz

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass mit Ausnahme des Erhöhungsbetrages im Rahmen der Flexibilisierung der Betreuungszeiten die vorgenannten freiwilligen finanziellen Mittel im Bereich Kindertagesstätten/Kindertagespflege gewährt werden, um den gesetzlichen Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach § 24 SGB VIII überhaupt erfüllen zu können. Insoweit werden hier auf freiwilliger Basis Mittel bereitgestellt, um einer gesetzlichen Pflichtaufgabe nachkommen zu können.

3. Welche Beträge wurden an die Kommunen ausgezahlt (bitte differenziert nach einzelnen Kommunen)?

Antwort: Sofern sich die Frage auf die Erstattungen im Rahmen der Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule bezieht, wurden die Zahlen für den Zeitraum 2020-2022 bereits übermittelt. Diese sowie die kommunenscharfen Zahlen für das Haushaltsjahr 2022 werden nachfolgend noch einmal dargestellt:

Kommune	2022			
	Buchung	Anteil Buchung	Anteil KU	Differenz
Gangelt	17.027,83	3,61%	11,98%	-8,37%
Selfkant	34.450,00	7,31%	8,15%	-0,84%
Übach-Palenberg	52.010,00	11,04%	27,64%	-16,60%
Waldfeucht	10.854,80	2,30%	7,26%	-4,96%
Wassenberg	62.534,50	13,27%	18,90%	-5,63%
Wegberg	294.336,00	62,46%	26,07%	36,39%
Summe	471.213,13	100,00%	100,00%	0,00%

Kommune	Durchschnitt 2020-2022			
	Buchung	Anteil Buchung	Anteil KU	Differenz
Gangelt	13.746,28	4,69%	11,61%	-6,92%
Selfkant	23.183,33	7,90%	8,04%	-0,14%
Übach-Palenberg	33.303,83	11,36%	28,16%	-16,80%
Waldfeucht	12.018,27	4,10%	7,27%	-3,17%
Wassenberg	41.590,67	14,18%	18,77%	-4,59%
Wegberg	169.449,00	57,77%	26,15%	31,62%
Summe	293.291,38	100,00%	100,00%	0,00%

Sofern sich die Frage insgesamt auf eine kommunenscharfe Aufgliederung der Aufwendungen des Kreisjugendamtes bezieht, so kann die gewünschte Auswertung aus technischen und faktischen Gründen nicht erstellt werden. Eine kommunenscharfe Aufgliederung der Aufwendungen des Kreisjugendamtes würde zunächst eine vollständige Überarbeitung der bisherigen Systematik von Buchungen und Rechenläufen erfordern.

Darüber hinaus lassen sich bestimmte Aufwendungen oder Hilfen nicht eindeutig einer Kommune zuordnen und müssten mit hohem Verwaltungsaufwand über noch zu bestimmende Verteilschlüssel den einzelnen Kommunen zugewiesen werden. Erst recht kann eine solche Auswertung nicht in der Kürze der Zeit erstellt werden.

4. Ist eine Quersubventionierung von anderen Leistungen des Jugendamtes ausgeschlossen?

Antwort: Die Jugendamtsumlage ist, wie die allgemeine Kreisumlage nach § 56 KrO, nach Umlagegrundlagen (§ 23 Nr. 1 und 2 GFG) der betreffenden Jugendamtskommunen zu erheben. Diese ergeben sich aus der Steuerkraftmesszahl und den Schlüsselzuweisungen. Diese beiden Werte wiederum beinhalten u. a. die Einwohnerzahlen sowie die Steuereinnahmen im vorliegenden Fall der sechs Kommunen. Somit wird die Jugendamtsumlage schlussendlich nach der Finanzstärke der Kommunen ermittelt. Diesem System ist immanent, dass die tatsächliche Inanspruchnahme von Leistungen regelmäßig nicht dem Verteilungsschlüssel der Jugendamtsumlage auf die Kommunen entspricht.

Insoweit ist jedoch zu beachten, dass es sich bei den Leistungen des Jugendamtes fast ausschließlich um Pflichtaufgaben handelt, wenn auch ggf. um solche, die der freien Ausgestaltung unterliegen (vgl. Antwort Frage 2). Demgegenüber liegt die originäre Zuständigkeit für die OGS (noch) bei den Kommunen. Während der Kreis bei den

Pflichtaufgaben regelmäßig keinen Einfluss auf die Entstehung einer Zahlungspflicht hat (z. B. Hilfe zur Erziehung), handelt es sich bei den Geschwisterkinderstattungen um einen zu einer Quersubventionierung führenden Sachverhalt, für den der Jugendhilfeausschuss durch die seinerzeitige Verabschiedung der Richtlinien die Grundlage geschaffen hat; seitdem haben sich die Rahmenbedingungen entscheidend verändert.

5. Wie sieht die Staffelung der OGS-Beiträge nach Einkommen (Elternbeitragstabelle) der Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk aus? Wie sieht diese Staffelung nach Einkommen in den Kommunen des Kreises mit eigenem städt. Jugendamt aus?

Antwort:

Staffelung der OGS-Beiträge nach Einkommen (Elternbeitragstabelle) der Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk (jeweils ohne Darstellung der kommunalen Geschwisterkinderermäßigungen bei Besuch der OGS):

Gemeinde Gangelt			
Einkommensstufen	Jahreseinkommen	Elternbeitrag (bisher)	Elternbeitrag (neu)
Nr. 1	bis 18.000,00 €	25,00 €	27,00 €
Nr. 2	bis 27.000,00 €	50,00 €	53,00 €
Nr. 3	bis 38.000,00 €	65,00 €	69,00 €
Nr. 4	bis 50.000,00 €	80,00 €	84,00 €
Nr. 5	bis 62.000,00 €	100,00 €	105,00 €
Nr. 6	bis 74.000,00 €	120,00 €	126,00 €
Nr. 7	bis 86.000,00 €	140,00 €	147,00 €
Nr. 8	bis 98.000,00 €	150,00 €	158,00 €
Nr. 9	bis 110.000,00 €	160,00 €	168,00 €
Nr. 10	über 110.000,00 €	185,00 €	195,00 €

Gemeinde Selfkant
Der Beitrag beläuft sich (einkommensunabhängig) auf 50,00 €/Monat.

Gemeinde Waldfeucht
Der Beitrag beläuft sich (einkommensunabhängig) auf 50,00 €/Monat.

Stadt Übach-Palenberg

-aktuelle Satzung-		
Monatliche Elternbeiträge		
Beitragsstufe	Jahreseinkommen -€-	Mtl. Elternbeitrag -€-
1	bis 26.000,00	20,00
2	26.000,01 bis 38.000,00	50,00
3	38.000,01 bis 50.000,00	70,00
4	50.000,01 bis 62.000,00	90,00
5	62.000,01 bis 74.000,00	120,00
6	74.000,01 bis 90.000,00	150,00
7	ab 90.000,01	182,00

Stadt Wassenberg
Die Beiträge betragen (einkommensunabhängig) zwischen € 25,00 und € 30,00/Monat.

Stadt Wegberg		
Monatliche Elternbeiträge		
Beitragsstufe	Jahreseinkommen -€-	Beitrag pro Monat -€-
1	bis 18.000,00	20,00
2	18.000,00 bis 27.000,00	32,00
3	27.000,00 bis 38.000,00	55,00
4	38.000,00 bis 50.000,00	80,00
5	50.000,00 bis 62.000,00	106,00
6	62.000,00 bis 74.000,00	130,00
7	74.000,00 bis 86.000,00	155,00
8	über 86.000,00	175,00

Ab 01.08.2023:

Stadt Wegberg		
Monatliche Elternbeiträge		
Beitragsstufe	Jahreseinkommen -€-	Beitrag pro Monat -€-
1	bis 27.000,00	34,00
2	27.000,01 bis 38.000,00	59,00
3	38.000,01 bis 50.000,00	86,00
4	50.000,01 bis 62.000,00	115,00
5	62.000,01 bis 74.000,00	141,00
6	74.000,01 bis 86.000,00	167,00
7	86.000,01 bis 98.000,00	190,00
8	98.000,01 bis 110.000,00	210,00
9	über 110.000,00	221,00

Staffelung nach Einkommen in den Kommunen des Kreises mit eigenem städt. Jugendamt
(jeweils ohne Darstellung der kommunalen Geschwisterkindermäßigungen bei Besuch der OGS):

Stadt Erkelenz		
Einkommens- gruppe	Jahreseinkommen -€-	Elternbeitrag monatlich -€-
1	bis 12.271,00	20,00
2	bis 24.542,00	35,00
3	bis 36.813,00	55,00
4	bis 49.084,00	75,00
5	bis 61.355,00	95,00
6	über 61.355,00	115,00

Stadt Geilenkirchen
Der mtl. Beitrag für ein Kind beträgt (einkommensunabhängig) 65,00 €/Monat.

Stadt Heinsberg

Die Beiträge betragen (einkommensunabhängig) zwischen 45,00 € und 47,00 €/Monat.

Stadt Hückelhoven		
Einkommens- gruppe	Jahreseinkommen -€-	Monatlicher OGS-Beitrag -€-
Nr. 1	bis 18.000,00	0,00
Nr. 2	bis 27.000,00	0,00
Nr. 3	bis 38.000,00	50,00
Nr. 4	bis 50.000,00	85,00
Nr. 5	bis 62.000,00	130,00
Nr. 6	bis 79.000,00	150,00
Nr. 7	über 79.000,00	170,00

6. Wie sind die OGS-Beiträge nach Einkommen in den anliegenden Kreisen/Städten (MG, Kreis Düren und Viersen, Städteregion/Stadt Aachen) gestaffelt?

(jeweils ohne Darstellung der kommunalen Geschwisterkindermäßigungen bei Besuch der OGS)

Antwort:

Stadt Mönchengladbach	
Jahreseinkommen -€-	Elternbeitrag -€-
bis 12.271,00	0,00
bis 24.542,00	60,00
bis 36.813,00	90,00
bis 49.084,00	140,00
bis 61.355,00	195,00
über 61.355,00	209,00

Kreis Viersen		
Stufe	Jahreseinkommen -€-	Elternbeitrag -€-
0	bis 39.000,00	0,00
1	bis 52.000,00	70,00
2	bis 65.000,00	90,00
3	bis 78.000,00	110,00
4	bis 91.000,00	130,00
5	bis 104.000,00	150,00
6	bis 117.000,00	170,00
7	bis 130.000,00	190,00
8	bis 143.000,00	210,00
9	bis 156.000,00	215,00
10	ab 156.000,01	215,00*

* Höchstbetrag gem. Ziffer 8.2 d. RdErl. vom 23.10.2010 des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW zum 01.08.2022; ab 01.09.2023 221,00 €, ab 01.09.2024 228,00 €.

StädteRegion Aachen		
Einkommensstufen	Jahreseinkommen -€-	Elternbeitrag monatlich -€-
Nr. 1	bis 16.000,00	0,00
Nr. 2	bis 25.000,00	23,00
Nr. 3	bis 37.000,00	47,00
Nr. 4	bis 50.000,00	63,00
Nr. 5	bis 62.000,00	103,00
Nr. 6	bis 74.000,00	132,00
Nr. 7	über 74.000,00	150,00

Stadt Aachen		
Einkommensstufen	Jahreseinkommen -€-	Monatlicher Elternbeitrag -€-
Nr. 1	bis 28.000,00	0,00
Nr. 2	bis 40.000,00	49,00
Nr. 3	bis 54.000,00	66,00
Nr. 4	bis 68.000,00	108,00
Nr. 5	bis 87.000,00	139,00
Nr. 6	bis 105.000,00	150,00
Nr. 7	bis 120.000,00	150,00
Nr. 8	über 120.000,00	150,00

Stadt Düren	
Jahreseinkommen -€-	Monatlicher Elternbeitrag für das erste Kind -€-
bis 12.000,00	0,00
bis 18.000,00	15,00
bis 24.000,00	30,00
bis 30.000,00	60,00
bis 36.000,00	70,00
bis 42.000,00	90,00
bis 48.000,00	100,00
bis 54.000,00	120,00
bis 60.000,00	130,00
bis 70.000,00	140,00
bis 80.000,00	150,00
bis 90.000,00	160,00
über 90.000,00	170,00

7. Wir bitten um eine Beispielrechnung zur monatlichen bzw. jährlichen Mehrbelastung ohne Geschwisterkindererstattung bei einer Familie...

Antwort: Zugrunde gelegt wurde jeweils die Elternbeitragstabelle für die Kita für Kinder über 2 Jahren vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 bei einer angenommenen Betreuungsstundenzahl von 35 Stunden.

a. ...in der Gemeinde Waldfeucht, bei der beide Elternteile erwerbstätig mit einem jährl. Einkommen von 80.000€ sind und jeweils ein Kind die OGS und die KiTa besucht.

Antwort: Mtl. einkommensunabhängiger OGS-Beitrag: 50,00 € je Kind (Geschwister 25,00 €)
Mtl. Elternbeitrag Kindertagesstätte bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 80.000,00 €:
260,07 € (Ü2, 35 Std.)

Mehrbelastung ohne Geschwisterkindbefreiung:
Mtl./jährl: 50,00 €/600,00 €

b. ...in der Stadt Wegberg, bei der ein Elternteil erwerbstätig mit einem jährl. Einkommen von 65.000€ ist und zwei Kinder die OGS besuchen und eins die KiTa besucht.

Antwort: Mtl. einkommensabhängiger OGS-Beitrag bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 65.000,00 € gemäß der aktuell gültigen Beitragstabelle: 130,00 € je Kind (Geschwister 20,00 €)
Mtl. Elternbeitrag Kindertagesstätte bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 65.000,00 €:
217,53 € (Ü2, 35 Std.)

Mehrbelastung ohne Geschwisterkindbefreiung:
Mtl./jährl: 150,00 €/1.800,00 €

Mtl. einkommensabhängiger OGS-Beitrag bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 65.000,00 € gemäß den vom Haupt- und Finanzausschuss am 30.05.2023 dem Rat der Stadt Wegberg zur Beschlussfassung vorgeschlagenen Beiträgen ab 01.08.2023: 141,00 € je Kind (Geschwister 34,00 €)
Mtl. Elternbeitrag Kindertagesstätte bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 65.000,00 €:
217,53 € (Ü2, 35 Std.)

Mehrbelastung ohne Geschwisterkindbefreiung:
Mtl./jährl: 175,00 €/2.100,00 €

c. ...in der Stadt Übach-Palenberg, bei der ein Elternteil erwerbstätig mit einem jährl. Einkommen von 40.000€ ist und jeweils ein Kind die OGS und die KiTa besucht.

Antwort: Mtl. einkommensabhängiger OGS-Beitrag bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 40.000,00 €: 70,00 € je Kind (Geschwister 20,00 €)
Mtl. Elternbeitrag Kindertagesstätte bei einem elterlichen Jahreseinkommen von 40.000,00 €:
105,02 € (Ü2, 35 Std.)

Mehrbelastung ohne Geschwisterkindbefreiung:
Mtl./jährl: 70,00 €/840,00 €.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 22.1:

Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule;
hier: Aufhebung der Richtlinien

Beratungsfolge:	
23.05.2023	Jugendhilfeausschuss
07.06.2023	Kreisausschuss
20.06.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): nicht zu beziffern				
Teilplan: 0601 – Tageseinrichtungen und -pflege				
Umlageart: Jugendamtsumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1. und 2.
--------------------------	-----------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach den vom Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg in der Sitzung vom 24.03.2009 beschlossenen Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule – siehe [SessionNet | Jugendhilfeausschuss - 24.03.2009 - 18:00 Uhr \(kreis-heinsberg.de\)](https://www.kreis-heinsberg.de) – werden Elternbeiträge vom Kreis Heinsberg als Jugendhilfeträger übernommen, wenn den Eltern die Zahlung des Elternbeitrages nicht zugemutet werden kann; für die Prüfung der Zumutbarkeit gilt [§ 90 SGB VIII](#). Darüber hinaus werden die Beiträge für die offene Ganztagschule für das zweite und jedes weitere Kind übernommen, wenn mehr als ein Kind einer beitragspflichtigen Person gleichzeitig eine Tageseinrichtung oder eine offene Ganztagschule besucht; ergeben sich ohne die vorgenannte Beitragsübernahme unterschiedlich hohe Beträge, so ist vom Beitragspflichtigen der höchste Beitrag zu zahlen.

1. Übernahme von Elternbeiträgen bei Unzumutbarkeit

Im Falle der Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen nach [§§ 22 bis 24 SGB VIII](#) wird der Kostenbeitrag gemäß [§ 90 Abs. 4 SGB VIII](#) auf Antrag erlassen oder auf Antrag ein Teilnahmebeitrag vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen, wenn die Belastung durch Kostenbeiträge den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge nach dem Gesetz immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch des SGB, Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches des SGB oder

Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten.

Die Übernahme von Kostenbeiträgen für den Fall der Unzumutbarkeit ist damit bereits von Gesetzes wegen vorgesehen – und bedarf daher keiner gesonderten Regelung durch Richtlinien des Jugendhilfeträgers –, soweit es sich um eine Tageseinrichtung nach § 22 SGB VIII handelt.

Bei Ausgestaltung entsprechend dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.12.2010 zu gebundenen und offenen Ganztagschulen sowie außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangeboten – zu denen auch das von den Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule umfasste Angebot „Dreizehn Plus“ gehört – ist davon auszugehen, dass die Angebote OGS und „Dreizehn Plus“ die Voraussetzungen einer Tageseinrichtungen im Sinne von § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII erfüllen mit der Folge, dass der Kostenbeitrag vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf Antrag zu übernehmen ist und es demgemäß für diese Fälle keiner gesonderten Regelung durch Richtlinien bedarf.

2. Übernahme von Elternbeiträgen bei Geschwisterkindern

Eine Auswertung der auf Grundlage der Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule erfolgten Erstattungen an die Städte und Gemeinden im Kreisjugendamtsbezirk Heinsberg hat ergeben, dass die Beträge infolge unterschiedlicher OGS-Auslastung und insbesondere unterschiedlich hoher OGS-Beiträge stark divergieren, was wiederum angesichts der differenzierten Jugendamtsumlage zu einer deutlichen Quersubventionierung einzelner OGS-Träger durch andere Kreisjugendamtskommunen führt. Die Einzelheiten können Anlage 1 der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses entnommen werden.

Vor diesem Hintergrund fand am 21.04.2023 ein Gespräch mit Vertretungen der Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk unter Beteiligung des Kreiskämmerers statt. Die dem Kreisjugendamtsbezirk angehörigen Kommunen haben sich – mit Ausnahme der Stadt Wegberg – dafür ausgesprochen, die Quersubventionierung schnellstmöglich zu beheben und die Frage der Geschwisterbefreiungen bei Besuch der Offenen Ganztagschule in die Eigenverantwortung der Kommunen zu geben.

Hierfür spricht, dass es sich bei Übernahme der OGS-Beiträge außerhalb der Regelung des § 90 Abs. 4 SGB VIII um eine freiwillige Angelegenheit handelt. Angesichts der angespannten Haushaltslage aller Kommunen erscheint es nicht angezeigt, dass durch einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses des Kreises die Kommunen verpflichtet werden, mit eigenen Mitteln OGS-Angebote in anderen Kommunen zu finanzieren. Da das Kreisjugendamt keinen Einfluss auf die Höhe der OGS-Beiträge in den Kommunen hat und die OGS-Angebote sehr unterschiedlich ausgestaltet sind, ist eine gleichmäßige Verteilung der Erstattung durch eine Regelung auf Kreisebene nicht sinnvoll zu erzielen. Die Übernahme eines einheitlichen Pauschalbetrages durch den Kreis Heinsberg stünde angesichts der zum Teil sehr geringen OGS-Beiträge nicht im Verhältnis zu dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, dem mehrheitlichen Votum der Kommunen folgend die Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule hinsichtlich der Geschwisterkindbefreiung mit Ablauf des 31.07.2023 aufzuheben und die Regelung einer Befreiung von OGS-Beiträgen in diesen Fällen den Kommunen zu überlassen.

3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Heinsberg (Elternbeitragsatzung)

Die vorstehenden Ausführungen machen eine redaktionelle Änderung im Bereich der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Heinsberg erforderlich. Da davon auszugehen ist, dass die Angebote OGS und „Dreizehn Plus“ bei Ausgestaltung entsprechend dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.12.2010 zu gebundenen und offenen Ganztagschulen sowie außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangeboten die Voraussetzungen einer Tageseinrichtungen im Sinne von § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII erfüllen, bedarf es hier der Klarstellung dahin gehend, dass sich die in der Elternbeitragsatzung getroffenen Regelungen jeweils nur auf Kindertageseinrichtungen beziehen. Klarstellend wurde in diesem Zuge auch der Begriff „Tagespflege“ dahingehend konkretisiert, dass es sich um „Kindertagespflege“ handelt. Der entsprechend überarbeitete Entwurf der Satzung ist als Anlage 2 der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses beigefügt.

Die Beitragsbefreiung nach § 2 der Elternbeitragsatzung für den Fall, dass zwei oder mehr Kinder von beitragspflichtigen Personen gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung besuchen oder Betreuungsangebote der Tagespflege in Anspruch nehmen, bleibt unberührt.

Nach Versand der Einladung zur Jugendhilfeausschusssitzung erreichten den Kreis Schreiben der Stadt Wegberg sowie in der Folge der Kommunen Waldfeucht, Wassenberg und Übach-Palenberg, welche als Anlage 3 bis 6 der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügt sind.

Mit Blick auf die Presseberichterstattung erläutert Dez. Dr. Maurer in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2023 ergänzend und klarstellend wie folgt:

Die Kämmerei des Kreises Heinsberg ist bemüht, Quersubventionierungen der Kommunen möglichst aufzulösen, wie es zuletzt auch im Rahmen der Kreismusikschule der Fall war. Insofern ist es auch hier Ziel der Kämmerei, die Quersubventionierung der Kommunen aufzuheben.

Zwar verteilen sich im Rahmen der Leistungen des Jugendamtes und damit auch der Jugendamtsumlage auch in anderen Bereichen die Mittel nicht gleichmäßig auf die Kommunen (z. B. Hilfen zur Erziehung); insoweit ist jedoch zu beachten, dass es sich hierbei um Pflichtaufgaben handelt und der Kreis hier auf die Entstehung keinen Einfluss hat. Demgegenüber liegt die originäre Zuständigkeit für OGS-Beiträge bei den Kommunen; zudem handelt es sich vorliegend um einen zu einer Quersubventionierung führenden Sachverhalt, für den der Jugendhilfeausschuss durch die seinerzeitige Verabschiedung der Richtlinien die Grundlage geschaffen hat.

Die Richtlinien zur Übernahme von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule resultieren aus einer Zeit, in welcher das OGS-Angebot noch nicht so ausgebaut war wie heute und auch die Elternbeiträge noch nicht so heterogen waren wie heutzutage. Insofern hat sich der Sachverhalt seit 2009 entscheidend verändert.

Die OGS-Quoten in den Kommunen liegen nach dem Schulentwicklungsgutachten aus dem vergangenen Jahr zwischen 30 % (Gangelt) und 80 % (Wassenberg), die OGS-Beiträge im

Kreisjugendamtsbezirk schwanken zwischen rund 30 Euro/Monat pauschal (Wassenberg) und bis zu rund 180 Euro/Monat gestaffelt nach Einkommen (Wegberg/Übach-Palenberg). Ab dem kommenden Schuljahr werden die OGS-Beiträge voraussichtlich teilweise über 200 Euro im Monat betragen mit der Folge, dass sich die Verteilung der Mittel voraussichtlich weiter verschieben wird.

Während den Erläuterungen eine kumulierte Übersicht der Jahre 2020-2022 beigefügt ist, wird ergänzend mitgeteilt, dass sich die Erstattungen im Haushaltsjahr 2022 auf insgesamt rund 470.000 Euro beliefen, wovon wiederum mehr als 60 % in die Stadt Wegberg flossen, welche an der Jugendamtsumlage mit rund 26 % beteiligt ist.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass bedürftige Familien ohnehin eine Erstattung der Beiträge aufgrund gesetzlicher Regelung erhalten, sodass eine Aufhebung der Richtlinien hieran nichts änderte.

Die Richtlinien des Kreises betreffen ausschließlich diejenigen Fälle, in denen mindestens ein Kind einer beitragspflichtigen Person eine Kindertagesstätte im Kreisjugendamtsbezirk besucht. Besuchen Kinder ausschließlich die Kita oder aber die OGS, erfolgen die Geschwisterkindbefreiungen/-ermäßigungen entweder über die Elternbeitragssatzung Kita des Kreises Heinsberg oder die OGS-Satzungen der Kommunen. Dabei geht es um Befreiungen grundsätzlich leistungsfähiger Personen, da die Sozialbefreiung durch den Kreis Heinsberg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach wie vor gewährleistet ist.

Es ist mitnichten Ziel der Verwaltung, Familien durch Aufhebung der Richtlinien stärker zu belasten; beabsichtigt ist vielmehr, dass die bisherige Regelung durch die Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk übernommen und die ungleiche Mittelverwendung beendet wird. Eine Aufhebung der beschlussgegenständlichen Richtlinien führte zu einer Absenkung der Jugendamtsumlage. Durch die hierdurch eingesparten Mittel der Kommunen könnte auf kommunaler Ebene eine entsprechende Befreiung fortgeführt werden; auch im Falle der Stadt Wegberg könnten die Einsparungen zumindest zu einer Ermäßigung der dortigen OGS-Beiträge in der in Rede stehenden Fallgestaltung verwendet werden.

Eine kreiseinheitliche Regelung existiert aktuell nicht. Zum einen werden schon innerhalb des Kreisjugendamtsbezirks nicht von allen Kommunen Geschwisterkindbefreiungen zur Erstattung angemeldet; zum anderen gibt es eine derartige Geschwisterkindbefreiung auch in den Städten Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg nicht.

Die vorherige Abstimmung mit den Kommunen hatte zum Ziel, den Mitgliedern des Ausschusses eine erste Positionierung der Kommunen in dieser Angelegenheit mitteilen zu können. Mit Ausnahme von Wegberg gingen in der Sitzung am 21.04.2023 alle Kommunen davon aus, eine Übernahme der bisherigen Regelung auf kommunaler Ebene durchsetzen zu können.

Nach der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilte der Bürgermeister der Gemeinde Gangelt vorab per Mail mit anliegendem Schreiben (Anlage 7 der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses) mit, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung am 16.05.2023 der Übernahme der Beiträge durch die Gemeinde Gangelt bereits zugestimmt hat.

Die übrigen kommunalen Gremien tagen sukzessive, sodass die Übernahme durch die weiteren Kommunen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht gesichert ist.

Eine Nachfrage bei den umliegenden Kreisen hat zu folgendem Ergebnis geführt: Der Rhein-Kreis-Neuss sowie der Kreis Viersen haben mitgeteilt, über keine entsprechende Regelung zu verfügen, d.h. wenn ein Kind die Kita und ein weiteres die OGS besucht, sind danach beide Kinder beitragspflichtig. Im Kreis Düren gibt es eine Befreiung in diesem Fall, allerdings ist hier darauf hinzuweisen, dass die Beitragspflicht in der Kita dort insgesamt abweichend geregelt ist.

Die CDU-Fraktion betont in der Sitzung des Kreisausschusses, dass an der Geschwisterkindbefreiung festgehalten werden solle. Gleichwohl sehe man die Ungerechtigkeit, dass eine Kommune von fünf Kommunen quersubventioniert werde. Statt die Richtlinie aufzuheben, sollte diese jedoch modifiziert werden, um auch künftig die Befreiung sicherzustellen.

Die SPD-Fraktion wünscht sich in Ergänzung der Antworten zur Anfrage (TOP 22 der Kreisausschusssitzung) weitere Zahlen zu freiwilligen Leistungen des Jugendamtes anderer Art, da dort eventuell andere Kommunen profitieren.

Dez. Dr. Maurer sagt zu, diese Zahlen möglichst bis zur Kreistagssitzung nachzuliefern.

Landrat Pusch führt aus, dass es nicht Ziel des Kreises ist, in der „Solidargemeinschaft“ zwischen den Kommunen zig verschiedene differenzierte Umlagen zu erheben. Er betont ebenfalls, dass der Kreis nicht beabsichtigt, die Geschwisterkindbefreiung abzuschaffen. Bis zur Kreistagssitzung solle möglichst ein neuer Vorschlag zur Richtlinie erarbeitet werden, mit der bspw. die Elternbeiträge gedeckelt werden.

Auf Anmerkung zum fehlenden Zeitdruck erklärt die CDU-Fraktion, dass man eine neue Regelung vor Beginn des nächsten Kita-Jahres finden sollte und daher in der Sache nach Möglichkeit in der nächsten Kreistagssitzung entscheiden sollte.

Interfraktionell besteht Einigkeit, in der Sitzung des Kreisausschusses noch keine Beschlussfassung zu treffen bzw. über den Beschlussvorschlag abzustimmen.